

**Zeitschrift:** Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse  
**Band:** 17 (1937)  
**Heft:** 1

**Buchbesprechung:** Besprechungen = Comptes-rendus

**Autor:** [s.n.]

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Besprechungen. — Comptes-rendus.

PAUL KEHR. *Die Kanzlei Karls III.* Mit 10 Tafeln (aus den Abhandlungen der Preuß. Akademie der Wissenschaften, Jg. 1936. Phil.-Hist. Klasse. Nr. 8). Berlin 1936. 49 S.

PAUL-E. MARTIN. *Catalogue de la Collection des Manuscrits Historiques des Archives d'Etat de Genève* (Publication de la Fondation universitaire Harvey). Genève 1936. 209 S.

*Katalog der Handschriften der Zentralbibliothek Zürich.* I. Mittelalterliche Handschriften, von CUNIBERT MOHLBERG. 3. Lieferung. Zürich 1936. S. 159—342.

In konzentriertester Form gibt P. F. K e h r als Frucht seiner Editionsarbeit der Karolinger Urkunden eine Zusammenfassung über die Kanzlei Karls III. Die Arbeit zeigt die verhältnismäßig schmale Basis, auf der sich die Macht Karls III. entwickelte, die intensiven Beziehungen des Herrschers zu Italien und seine Züge nach Westfrankreich. Im Anhang werden zehn Faksimile-Wiedergaben karolingischer Urkunden geboten, die eine willkommene Ergänzung zu den Kaiserurkunden in Abbildungen darstellen, indem namentlich St. Galler Material, sowie je ein französisches und ein italienisches Stück abgebildet werden. Als Ganzes genommen bietet die Arbeit von Kehr eine Ausweitung und Vertiefung unserer Kenntnisse des Kanzleiwesens zur Zeit Karls III.

Das Staatsarchiv Genf besitzt eine ungewöhnliche Fülle von historischen Handschriften, die im strengeren Sinne nicht ohne weiteres als Archivgut bezeichnet werden dürfen: Chroniken, Annalen, geschichtliche Darstellungen, Sammelbände, Kartulare und Privatarbeiten verschiedenster Art aus alter und neuer Zeit, namentlich auch wissenschaftliche Nachlässe. Diese Manuskripte sind zusammengefaßt als «C O L L E C T I O N D E S M A N U S C R I T S H I S T O R I Q U E S». Der Bestand ist vollständig inventarisiert und weist 230 Nummern auf. Ein eingehendes Register gibt alle wünschbaren Aufschlüsse. Die Genfer Sammlung enthält, es sei dies ausdrücklich hervorgehoben, zahlreiches Material zur Genfer Geschichte, zur Genfer Kirchengeschichte und zur Geschichte der deutschen Schweiz, von Frankreich und von Savoyen, um nur die wichtigsten Abteilungen hervorzuheben.

Der Katalog der mittelalterlichen Handschriften der Zentralbibliothek Zürich ist nunmehr, was die Bestandesaufnahme anbetrifft, fertig; es werden noch die Register nachfolgen. Die vorliegende Lieferung enthält die Handschriften der Abtei Rheinau, die neuen Erwerbungen seit 1914, einige Nachträge, sowie die Handschriften des Schweizerischen Landes-

museums, des Staatsarchivs Zürich (Sammlung der Antiquarischen Gesellschaft, Sammlung Ferdinand Keller und Sammlung der Fragmente) und des Kunstgewerbemuseums in Zürich. Der Katalog ist nach dem bewährten Muster der früheren Lieferungen erstellt und von dem gelehrten Verfasser mit staunenswerter Akribie und einem umfassenden Wissen auf dem Gebiete der kirchlichen Literatur des Mittelalters vortrefflich gearbeitet.

Zürich.

Anton Largiadèr.

*Repertorium der diplomatischen Vertreter aller Länder seit dem Westfälischen Frieden (1648)*. Veröffentlicht mit Unterstützung der österreichischen Bundesregierung, der deutschen Forschungsgemeinschaft und der Rockefeller Foundation vom Internationalen Ausschuß für Geschichtswissenschaften. Herausgegeben nach den Beiträgen der Mitarbeiter in den einzelnen Ländern unter Mitwirkung von Walther Latzke von LUDWIG BITTNER und LOTHAR GROSS. Verlag Stalling, Oldenburg i. O. und Berlin, 1936. XXX + 753 Seiten.

Der Internationale Ausschuß für Geschichtswissenschaft (Comité international des sciences historiques), unseren Lesern wohl bekannt durch die vorzügliche und unentbehrliche Internationale Historische Bibliographie, hat von allem Anfang an die Herausgabe von Diplomatenverzeichnissen geplant; der erste Gedanke geht auf das Jahr 1926 zurück. Auf Grund einer weitverzweigten Organisation, deren Fäden in Wien im Haus-, Hof- und Staatsarchiv zusammenliefen, ist es gelungen, den ersten Band dieser Listen herauszubringen. 68 Korrespondenten und Mitarbeiter widmeten sich unter der zielbewußten und energischen Leitung von Ludwig Bittner und Lothar Gross der Aufgabe, während die Sekretariatsgeschäfte in den Händen von Walther Latzke lagen. Das Material war schließlich auf rund 15 000 Karten vereinigt und es war Sache der Redaktion, dasselbe nach einheitlichen Gesichtspunkten zu verarbeiten. Daß dies in geradezu glänzender Weise geschehen ist, wird jeder bezeugen, der den Band benützt; das Unternehmen ist zugleich ein ehrenvolles Zeugnis für den hohen Stand der archivalischen Arbeit in Österreich. — Die Vorarbeiten wurden länderweise durchgeführt. Jedes Land lieferte nicht bloß die Daten der eigenen abgesandten Diplomaten (Listen), sondern auch die Verzeichnisse der von ihm empfangenen fremden Diplomaten (Gegenlisten). Bei Staaten mit starker Zersplitterung wurden auch Teilgebiete berücksichtigt; immerhin in dem Sinne, daß nur die Missionen größerer Bedeutung Aufnahme fanden, wogegen die Listen und Gegenlisten einzelner kleinerer Teile wegblieben: so konnten für Deutschland nicht alle souveränen Reichsstädte aufgenommen werden, sondern nur die wichtigeren, wie Straßburg, Frankfurt a. M., Nürnberg. Der Anteil der Schweiz ist bearbeitet von C. Benziger und P. Kläui: er ist effektiv viel größer, als er unter dem Stichwort «Schweiz» zum Ausdruck kommt, da zahlreiche Angaben der beiden Schweizer Korrespondenten in die Listen anderer Länder eingearbeitet wurden. Im allgemeinen haben

die schweizerischen Archive ihre Angaben in entgegenkommender Weise geliefert; immerhin ist es bedauerlich, daß eines der größten Staatsarchive der Schweiz nicht in der Lage war, mitzuarbeiten; hoffentlich kann das Versäumte bei der Fortsetzung des Werkes noch nachgeholt werden. Sind doch die Archivbeamten in erster Linie die Nutznießer derartiger Hilfsmittel. — Das Werk wird durch das Register der Diplomaten- und der Ländernamen gut erschlossen (190 Seiten, doppelspaltig). Die ständig gebrauchten Kürzungen sind dem Lateinischen entnommen, aber mit einem Schlüssel in die fünf europäischen Hauptsprachen übertragen. Wie denn überhaupt das ganze Werk darauf eingerichtet ist, von einem des Deutschen nicht kundigen Leser ohne weiteres benutzt zu werden. — Wenn das Buch 150 Staaten umfaßt, so ist damit schon ohne weiteres gegeben, daß es nur auf der Basis der internationalen Zusammenarbeit zu Stande kommen konnte. Der Internationale Ausschuß, ganz vor allem aber L. Bittner, L. Gross und ihre Mitarbeiter, haben sich mit diesem Werke ein Verdienst um die Wissenschaft erworben.

Zürich.

Anton Largiadèr.

JEAN-R. DE SALIS, *Réflexions sur l'étude de l'histoire. -- Leçon d'ouverture à l'Ecole Polytechnique fédérale prononcée le samedi 16 novembre 1935.* Ecole Polytechnique fédérale. Etudes littéraires sociales et économiques. 13. Aarau, Sauerländer, 1936. 24 p. in 8<sup>o</sup>.

On trouvera bien des considérations intéressantes et des aperçus originaux dans la leçon d'ouverture que publie M. le professeur Jean-R. de Salis sous le titre de *Réflexions sur l'étude de l'histoire*. Il s'agit en effet de philosophie de l'histoire et de méthode. Pour M. de Salis le véritable but de l'histoire est «d'expliquer les phénomènes qui se produisent dans le monde social». Mais ce n'est point assez de définir ce but; il s'agit de savoir si, de par sa méthode l'histoire est susceptible de l'atteindre.

M. de Salis examine donc les critiques formulées à l'égard de l'aptitude de l'histoire à remplir sa mission par Mr. Paul Valéry, et il s'attache à les réfuter. La méthode de l'histoire soutient parfaitement la comparaison avec celle des sciences naturelles car elle aussi est une science de la vie.

Quant à l'utilité de l'histoire, M. de Salis la voit surtout dans la conservation des valeurs humaines. Elle relie «les unes aux autres les générations qui passent» et représente la continuité de l'effort humain.

Genève.

Paul E. Martin.

*Das Bürgerhaus in der Schweiz.* 27. Band: Le Canton du Valais. Zürich, Orell Füssli, 1935. — XXXII Seiten Text und 103 Tafeln mit Abbildungen.

Der Walliser Band des «Bürgerhauses» schließt eine nicht unwichtige Lücke des ganzen Unternehmens: mit diesem Bande sind nunmehr alle Kantone der Schweizer Südfront bearbeitet. Obschon vorwiegend romanische Elemente die Bauweise dieser südlichen Kantone bestimmen, herrscht doch

in Graubünden, Wallis, Genf und im Tessin eine verschwenderische Fülle der Mannigfaltigkeit in der Architektur und in der kunstgewerblichen Form. Von den in vorzüglichen Bildern und in einem sorgfältigen Text erfaßten Monumenten heben wir das Supersaxo-Haus und das Rathaus in Sitten, das Rathaus in Siders, den Stockalperpalast in Brig und die bodenständigen Holzbauten im Goms, namentlich in Ernen und Münster hervor; weiterhin einzelne Mobiliarstücke aus dem Valeriamuseum in Sitten. Der Text stammt aus der Feder von L. Meyer, J. Morand und M. de Lavallaz. Das Werk sei als hochstehende kulturgeschichtliche Leistung der Beachtung aufs angelegentlichste empfohlen.

Zürich.

Anton Largiadèr.

PIETRO VON SALIS, *Wappen, Fahne und Flagge von Graubünden, wie sie von Rechts wegen sein müssen*. Privatdruck, Zürich 1936.

Selten tritt eine polemische Broschüre — denn um eine solche handelt es sich hier — in so reichem Gewande einher. Das 22 Seiten starke Heft ist mit 36 Abbildungen geziert, aus denen sich zwei mehrfarbige ganzseitige Tafeln prunkvoll herausheben, und für untadeligen Druck sorgte die vielbewährte typographische Sorgfalt des Berichtshauses Zürich. Aber leider darf man nicht verschweigen, daß diesem Aufwand die wissenschaftliche Fundierung der Arbeit nicht entspricht.

Sehen wir zu, über was der Autor zu klagen hat:

Mit Beschluß des Großen Rates vom 24. Mai 1932 und des Kleinen Rates vom 8. November des gleichen Jahres hat der Kanton Graubünden sich ein neues offizielles Wappen gegeben. Die Regierung entschloß sich dazu, weil dem alten (nach dem Eintritt Graubündens in die Eidgenossenschaft geschaffenen) «heraldische Fehler anhafteten» und weil es durch die Aufnahme der Schildhalter «überladen, undeutlich und wenig eindrucksvoll» war. So heißt es in der kleinrätlichen Botschaft und niemand, der die hilflose Komposition des früheren Kantonssiegels kennt, wird dieser Begründung widersprechen wollen.

Das neue Hoheitszeichen verzichtete nun auf die Schildhalter und vereinigte die Wappen der III alten Bünde in einem Schild, der — in der Sprache der Heraldiker beschrieben — so aussieht: halb gespalten, halb geteilt: im 1. gespalten von Schwarz und Silber (Oberer Bund); im 2. gevierteilt von Blau und Gold mit gevierteiltem Balkenkreuz in verwechselten Farben (Zehngerichtenbund); im 3. ein schwarzer aufrechter Steinbock (Gotteshausbund). Diese Anordnung geht zurück auf jene Wappenscheibe, die im Jahre 1896 im Auftrag der Bündner Regierung für die Waffenhalle des Landesmuseums geschaffen wurde, und die einzige Neuerung besteht in der Umstellung der Farben des Oberen Bundes. Gegen sie nun richtet der streitbare Autor zuerst seine Pfeile, denn die Farbenstellung habe — so sagt er — wie 1896 Weiß-Schwarz und nicht Schwarz-Weiß zu sein. Er muß zwar selbst zugeben, daß die älteste Darstellung des Bundeswappens

(Scheibe von 1548 im Landesmuseum) den Schild von Schwarz (eigentlich Grau, doch davon später) und Weiß gespalten zeigt, doch sucht er diese unbequeme Tatsache dadurch aus dem Wege zu schaffen, daß er sie «auf Mißverständnis, absichtlich falsche Auftragserteilung aus Haß gegenüber dem Adel» zurückführt. Er erwähnt jedoch nicht, daß auch die Scheibe in Davos von 1564 die gleiche Anordnung zeigt und daß erst später bei Zusammenstellungen der drei Bündnerwappen Umkehrungen vorkommen.

Was meint der Verfasser mit der Anspielung auf «Haß gegen den Adel»? Er möchte — eine sehr vorsichtig geäußerte Vermutung F. v. Jecklins nun als Gewißheit verfechtend — das Wappen des Oberen Bundes auf jenes der Grafen von Sax zurückführen, in dem auch das Metall außen steht. Aber es ist von Gold und Rot gespalten und es geht doch wirklich nicht an, die Spaltung allein als Beweis einer Entlehnung anzunehmen, wenn die Farben ganz verschieden sind.

Noch weniger Glück hat P. v. Salis mit seinem zweiten Argument. Es sei, so meint er, eine strenge heraldische Regel, daß immer das Metall im ersten Feld zu stehen habe, und zum Beleg dafür verweist er auf die Wappen der Kantone Freiburg, Luzern, Solothurn, Tessin und Zürich. Nun ist aber — wie jedermann weiß — bei Freiburg, Luzern und Solothurn die Farbe im ersten und das Metall im zweiten Feld, und der Tessiner Schild hat — von Rot und Blau gespalten — überhaupt kein Metall! Wenn man dergestalt mit Argumenten hantieren sieht, ist man kaum mehr erstaunt, die Behauptung zu lesen: in der Mediationsakte von 1802 (!) sei es Graubünden verboten worden, die Muttergottes als Schildhalterin des Gotteshausbundes im Wappen zu führen. Ist es nötig zu sagen, daß dies reine Mär ist? —

Schließlich erklärt der Autor noch, die Farben im Schild des Zehn-gerichtenbundes seien falsch gestellt, das erste und vierte Feld müsse blau sein. Genau so hat es aber das neue Kantonswappen gehalten! — So ist in dieser luxuriösen Broschüre ein großer Aufwand nutzlos vertan.

Eine Schlußbemerkung sei noch zur Entstehungsgeschichte des Wappens des Grauen Bundes angefügt. Es wird immer wieder — und so auch hier — Entlehnungen von Familienwappen nachgespürt, während die Lösung viel näher liegt. Das Wappen ist eine Anspielung auf den Namen des Grauen Bundes, ein «redendes» Wappen also, denn die Farben waren ursprünglich nicht Schwarz und Weiß, sondern G r a u und Weiß. Das zeigen deutlich die beiden ältesten Scheiben (1548 und 1564), es geht aber auch aus der Urkunde über die Verleihung des Juliusbanners vom 24. Juli 1512 hervor, in der die Farben des Kreuzes mit den Worten «partim albi partim g r i s e i coloris» angegeben werden. Heraldisch unkorrekt ist dies gewiß, denn Grau ist keine heraldisch gebilligte Farbe, aber man machte sich darüber keine Sorgen. Das kam erst später, und nun wurde das Grau — gleichsam vom wissenschaftlichen Gewissen verdüstert — zu Schwarz. Und dabei mag es nun auch bleiben.

Z ü r i c h.

E r w i n P o e s c h e l.

K. S. BADER, *Altschweizerische Einflüsse in der Entwicklung der oberrheinischen Dorfverfassung*. Zeitschr. f. d. Gesch. des Oberrheins 50 (1935), S. 405—453.

Der Verfasser, dessen Untersuchungen zur süddeutschen Rechtsgeschichte ihn auch in der Schweiz vorteilhaft bekannt gemacht haben (vgl. diese Zeitschr. XIV. 377, XV. 417, XVI. 330), hat schon in einer sehr beachtenswerten Studie über «die Entwicklung und Verbreitung der mittelalterlichen Schiedsidee in Südwestdeutschland und in der Schweiz» (erschienen 1935 in der Zeitschr. f. schweiz. Recht, N. F. 54, S. 100 ff.) nachgewiesen, daß sich das Recht Süddeutschlands von der Schweiz aus beeinflussen ließ: «Die geistige Verbundenheit zwischen Süddeutschland und der Schweiz ist gerade in der Zeit der Entstehung der Eidgenossenschaft stärker, als zumeist angenommen wird. . . Die Schweiz wurde . . . natürliche Vermittlerin des Gedankengutes zwischen Oberitalien und Südwestdeutschland. In die alemannischen Teile des Reiches gelangten aber die kulturellen Ideen des Südens in der umgebildeten Form, die sie infolge der eigenartigen Entwicklung des Schweizervolkes in dessen Gebiet erfahren hatte.» In der nun vorliegenden Studie wird der geistige Zusammenhang zwischen Südwestdeutschland und der Schweiz noch erhärtet an der «bündischen Idee», dem genossenschaftlichen Gedanken, wie er seinen Ausgang in der Dorfgemeinde nahm. Das Ziel der genossenschaftlichen Bewegung, die feudalen Rechte abzulösen und die staatliche Gewalt den Gemeinden zu verschaffen, wurde in der Schweiz besser erreicht, als in Süddeutschland. Bündnisse zwischen Stadt und Land gelangen in Deutschland nicht; in der Schweiz dienten sie der Abwehr der Machtansprüche größerer und kleinerer Herrschaften und sicherten die genossenschaftliche Rechtsübung. Wie in der Schweiz, so wirkte auch in Süddeutschland später zu Stadt und Land die Geschlechterherrschaft immer mehr der freien Fortbildung bündischer Gedanken entgegen (Dorfaristokratie). Die Grundhaltung der bäuerlichen Bevölkerung war konservativ: das alte Recht wurde festgehalten; die Bauern betrachtete ihre Rechtsordnung als einheitlich, das Recht der Herrschaft dagegen als bestimmt zu umschreibende, «gemessene» Ausnahme. In Deutschland bedeutete die Rezeption des römischen Rechts eine Abkehr von dieser Auffassung. In der Schweiz verhinderte die politische und verfassungsrechtliche Entwicklung, daß sich die Landesobrigkeiten des fremden Rechtes bedienten. In Süddeutschland machte sich der Widerstand gegen die Rezeption heftig geltend: «Im Bauernkrieg ging der Kampf auch gegen das fremde, das neue, traditionswidrige Recht der Überordnung.» In der Dorfgemeinde lebten deutschrechtliche Einrichtungen weiter, auch nachdem der Aufstand der Bauern blutig unterdrückt war.

Dies in großen Zügen die Ausführungen Baders. Im einzelnen macht er manche treffende Bemerkung; es ist gewiß zutreffend, daß die Weistümer der grundherrlichen Gerichte nur da reden, wo ein Konflikt zwischen genossenschaftlichen und herrschaftlichen Rechten droht und daß die Dorf-

gemeinden die herrschaftlichen Rechte als «gemessen» betrachteten. Gerade deshalb konnte in der Schweiz das Recht des Lehenbauers am Grundstück schon im 15. Jahrhundert «besser» werden, als das des landrechtlichen Eigentümers. Zustimmung kann ich ihm nur insofern nicht, als er «Zwing und Bann» als D o r f h e r r s c h a f t, als das Recht, im Dorf zu gebieten und zu verbieten, bezeichnet. Gewiß umfaßt «Twing und Bann» auch die Zwangs- und Gebotsgewalt im Dorfbezirk; aber ihr Inhalt erschöpft sich nicht in der Dorfherrschaft; jede Art von Gerichtsbarkeit bediente sich der Zwangs- und Gebotsgewalt. Bader stellt sich mit seiner schon früher vertretenen Auffassung in bewußten Gegensatz zu H e r m a n n W i e s s n e r s Studien über Twing und Bann (1935), welcher nach meiner Ansicht zutreffend ausführt, daß diese Befugnisse ursprünglich Attribute der öffentlichen Gerichtsgewalt waren. Der Name «Twing und Bann» wurde später dann vorwiegend, wenn auch kaum ausschließlich, für die Bezeichnung der hofgerichtlichen und dörflichen Gebots- und Zwangsgewalt verwendet. Meine Ausführungen in dieser Zeitschrift XIV, Heft 3 (1934), zu B a d e r s «Schwäbischem Untergang» stimmen mit Wiessner im wesentlichen überein.

Das dort Gesagte über die Gebots- und Verbotsgewalt höhern und niedern Grades habe ich seither in folgendem hübschen Beispiel bestätigt gefunden: Im Jahr 1525 erhoben sich Streitigkeiten zwischen der Bauersame zu Koppigen und Willadingen einerseits und dem Kloster Torberg andererseits, dem die Grundherrschaft über die beiden Dorfschaften zustand. Es wurden Kundschaften aufgenommen über die Verbots- und Bußbefugnisse der Dorfgemeinde und der Grundherrschaft. Ein Zeuge bestätigte, daß das Kloster im Bach zu Koppigen bei 3 lb. Buße die Fischenz und ebenso einen Drittel des Wassers im Hauptbach bei 3 lb. Buße verbieten konnte; das wisse er von seinem Großvater, bei dem er gedient habe, als man auf das Ochsenfeld gezogen sei (Sommer 1468); in den Wässergraben habe das Kloster das Fischen nie verboten, sondern die Bauersame von Koppigen und Willadingen habe «semlich gräben by dryen schilling büß verboten, dann sy nit wyters zu verbieten hettent». Einige Müßiggänger hätten sich durch die kleine Buße nicht abschrecken lassen und hätten so eifrig in den Gräben gefischt, daß die Bauersame dessen überladen gewesen sei und darum die Hilfe der Herrschaft angerufen habe. Der Prior des Klosters kam und sagte den Bauern, «er welte inen syn pott der dryer p f u n d e n erlauben, das sy die lüt daruß bringen möchten». Da sprachen die Alten: «Herr Prior, ihr gebt uns einen guten Rat; er gefallet uns aber nit.» Prior: «Warum?» Darauf antworteten die Bauern, «wenn sie bei s e i n e m «pott pieten» sollten, so möchten über Nacht seine Fischer oder andere sagen, e r, d e r P r i o r, habe solche Fischenzen in den Gräben by dryen p f u n d e n verboten; darmit so käment sy umb ir rechtsame.» Prior: «Lieben Nachpern, dafür söllent ir mich nit angesehen, dann ich bin üwer twingherr, und ich welte mich übel schämen, daß ich üch von üwer rechtsame bringen oder tringen; den tag solte in Gott



nit laßen leben; aber er welte inen sins verpotz rechtsami in irem namen erlauben, darmit sy die lüt uß den gräbnen bringen möchten.» Seit nun etwa 60 Jahren haben die Bauern dann wirklich die Gräben unter 3 Pfund Buße verboten und hierdurch die Gräben von den unerwünschten Fischern freigehalten und den Schaden am Gras vermieden (Dok.buch Thorberg, bern. Staatsarchiv, S. 364 ff.).

Die Verbots- und Gebotsgewalt («Bann») unter geringen Bußen war also den Dorfgemeinden, wie vielerorts, schon in alter Zeit durch die Grundherren eingeräumt worden; den Bann unter höherer Buße behielt der Grundherr; der «Twing» (districtus), d. h. das Recht, die Einhaltung der Gebote und Verbote und die Bezahlung verwirkter Bußen gegen Widerpenstige mit Gewalt gegen Personen und Sachen zu erzwingen, stand allgemein dem Grundherrn oder seinem Amtmann zu; wo eine Dorfgemeinde später Gericht, Twing und Bann käuflich vom Grundherrn erwarb, wie es im altbernischen Gebiet öfter geschah, zeigten sich gerade bei der Ausübung des Gerichts und «Twings» oft Unzukömmlichkeiten, sodaß die Dorfgemeinde freiwillig die Gerichts- und Zwangsgewalt an die Obrigkeit abtrat. Ein Beispiel hierfür ist überliefert im Urbar von 1531 der Stift St. Vinzenzen (Staatsarchiv Bern, fol. 143 f.): Da heißt es in einem spätern Nachtrag, daß die Leute, die zu Woley sitzen, eigen Gericht und Recht gehabt haben, aber trotzdem zu denen von Frauenkappelen zu Gericht gegangen seien. 1545 habe sich aber einer aus der Woley, «so am gericht gesessen, ... der fryheit getröstet», weil er sich über vorwitzige Worte anderer Gerichtssäßen geärgert habe, die meinten, die von Woley müßten da sitzen. Die bernische Obrigkeit, an welche die Sache gelangte, entschied, «wenn sy sich nit fry mynen herren (von Bern) übergeben wellent, söll man sy ir eigen gericht lassen besetzen. Das hant sy nit wellen thun an alle fürwort, darumb hett man sy da ussen (außerhalb der bernischen Niedergerichtsbarkeit) gelassen und das gericht sunst besetzt (1546). Sy sind also für sich selber gsin in ir fryheit, doch nit ane clag... Do hand sy minen gnedigen herren (von Bern) sölich gericht die jurisdiction feilbotten vnd entlich verkouft mit bußen, vällen, gerichtzwang in der ganzen Woley, daß sy zu ewigen ziten gan Cappellen zu gericht gan, da gehorsame thun, wie ander im gericht geseßen, mit allen dingen»... (1558). Die «Bußen» stellten das Einkommen aus dem Banne, der Gebots- und Verbotsgewalt dar, der «Gerichtszwang» ist der Twing. Beides zusammen verschafft dem Inhaber von Twing und Bann die «Gehorsame». Ein ähnliches Beispiel gibt der Stifthurbar von 1543 (bern. Staatsarchiv), fol. 6, wo die «niedern Gerichte mit aller Gerechtsame» mit «gericht, twing und bann» gleichgesetzt werden, und wo neben dem Gericht von Oberbalm noch einige Höfe erwähnt werden, die «nit in das gericht von Balm vornacher gehört, und in eim sunderbaren gerichtli gelegen, Bitzius Steinhus, Ammann zu Oberbalm gehörig; dieselben sind in ufrichtung diß urbars durch in minen gned. herren übergeben»...

Die grundsätzliche Zusammengehörigkeit von Gericht, Twing und Bann ist damit für bernisches Gebiet einmal mehr belegt. Bei den ähnlichen Ausgangspunkten der süddeutschen Rechtsentwicklung ist kaum zu bezweifeln, daß Twing und Bann auch dort ursprünglich zur Gerichtsbarkeit gehörten.

Trotz dieser Einwendung halte ich Baders Aufsatz für eine sehr anerkennenswerte Leistung.

B e r n.

H e r m a n n R e n n e f a h r t.

WILHELM EHRENZELLER, *Die Entwicklung der st. gallischen Lande zum st. gallischen Staate*. (Beiträge zur st. gallischen Geschichte, herausgegeben vom Historischen Verein des Kantons St. Gallen, Neue Folge, Heft 3.) St. Gallen, Fehr'sche Buchhandlung, 1936.

Seit Ildefons von Arx seine berühmten «Geschichten des Kantons St. Gallen» erzählt hat, womit er bekanntlich die Vorgeschichte der Kantonsgeschichte meinte, ist im Einzelnen vieles genauer erforscht worden; die großen Quellenveröffentlichungen (z. B. das Urkundenbuch der Abtei und Stadt St. Gallen) ließen zahlreiche Monographien besonders zur mittelalterlichen Geschichte St. Gallens entstehen; auch hat die Forschung seither ihre Methoden verfeinert, ihre Fragestellungen vervielfacht und neue Gesichtspunkte gefunden. Der alte Ildefons von Arx ist in manchem weit überholt; aber er bleibt trotzdem ein unentbehrliches und wertvolles Werk. — Mit der vorliegenden kleinen Studie wollte Ehrenzeller keineswegs eine ausführliche Revision jenes grundlegenden Buches vornehmen. (Diese Aufgabe setzt er sich wohl eher in seiner im 1. Band vorliegenden und emsig weiterschreitenden Stadtgeschichte von St. Gallen.) Er begnügte sich damit, «im knappen Rahmen einer Skizze die entscheidenden Linien der Entwicklung deutlicher hervortreten zu lassen». Gerade das fehlte bisher.

Der Verfasser versteht es, auf nur 35 Seiten die 1000jährige Vorgeschichte des Kantons in deutliche Epochen zu zerlegen. Es ist ein kleines Meisterwerk reifer Erkenntnis, wie sie nur die völlige Beherrschung des großen Stoffes aus eigener Forschung schenkt. Im ersten der drei Kapitel werden die Faktoren des st. gallischen Geschichtsverlaufes untersucht: die geographischen und die völkischen Vorbedingungen, die geistlichen und die weltlichen staatsbildenden Kräfte im Lande (Klöster, Grafengeschlechter und Städte). Im zweiten Kapitel (Jahrhunderte der Entscheidung, 13.—16. Jahrhundert) schöpft Ehrenzeller aus weitgehenden eigenen Forschungen zur spätmittelalterlichen Stadtgeschichte St. Gallens. Dieser besonders wertvolle Abschnitt hebt außerordentlich klar die damals einsetzende eidgenössische Politik in der heutigen schweizerischen Ostmark hervor und kennzeichnet den alten Zürichkrieg als das für die Ostschweiz entscheidende Ereignis. — Nach dem stürmischen Verlauf des ganzen 15. Jahrhunderts und des 16. bis zur Schlacht bei Kappel, überwog durch die nächsten 200 Jahre das Ruhige über das Bewegte. Dementsprechend wirkt auch das letzte Kapitel, gemessen an der beschwingten Gedankenfolge des zweiten,

zurückhaltender. Die Aufklärung im st. gallischen Land wird knapp angedeutet. Die Entstehung des Kantons und die Herausbildung eines st. gallischen Staatsbewußtseins, allen Schwierigkeiten des künstlichen Gebildes zum Trotz, bilden den Abschluß der Übersicht.

Die Darstellung ist allgemein verständlich, wie diese für jedermann bestimmte Sammlung es voraussetzt.

St. Gallen.

Ernst Kind.

RICHARD HEUBERGER, *Vom alpinen Osträtien zur Grafschaft Tirol*. Die raumpolitische Entwicklung einer mittelalterlichen deutschen Grenzlandschaft.

Derselbe: *Das Burggrafnamt im Altertum*. Schlern-Schriften (Veröffentlichungen zur Landeskunde von Südtirol), Nr. 29 und Nr. 28. Universitätsverlag Wagner, Innsbruck. 1935.

Grundgedanke der Studie Richard Heubergers, die in kurzen Zügen die Geschichte Tirols von der Urzeit bis zur Eingliederung in den habsburgischen Machtkomplex darstellt, ist die Auffassung, daß «ursächliche Verknüpfung und innere Notwendigkeit ... den Gang der Geschichte im großen und kleinen» beherrschen und daß «unter dem Zwang der durch die geographischen Verhältnisse und die jeweilige geschichtliche Gesamtlage gegebenen Voraussetzungen Landschaften im geschichtlichen Sinn» sich formen, die sich auch im späteren historischen Geschehen immer wieder als Einheiten durchsetzen.

Die Geschichte des Landes Tirol, d. h. der «im Bannkreis von Brenner und Reschenscheideck gelegenen Talschaften» ist nach Heuberger die sich gegen alle Störungen immer wieder durchringende Einheit einer Landschaft.

Diese Einheit sieht der Verfasser schon zur Zeit des spätrömischen Reiches in der Provinz Raetia secunda im wesentlichen verwirklicht. Zum spätern Land Tirol fehlten damals nur noch das untere Etschtal (südlich der Gegend von Meran) mit dem untern Eisacktal, die zur italischen Provinz Venetia et Histria gehörten, sowie das dem mediterranen Noricum zugeteilte Pustertal. Dagegen bestand schon die Verbindung mit dem später bayrischen Alpenvorland.

Auch die Stürme der Völkerwanderung vermochten die Einheit Tirols auf die Dauer nicht aufzuheben. Sie war in der Hauptsache vorhanden im Ostgotenreich Theodorichs, ging dann freilich für zwei Jahrhunderte verloren, indem sich die Merowinger während des gotisch-byzantinischen Krieges die Herrschaft im Vinschgau sicherten, wenige Jahrzehnte später die Langobarden vom Potiefland aus das untere Etschtal an sich rissen, während endlich die Bayern seit Ende des 6. Jahrhunderts über den Brenner vorzudringen begannen und sich schließlich (um 760) auch in den Besitz der Meraner Gegend und des Bozener Beckens setzten. Doch der kurz darauf erfolgte Untergang des Langobardenreiches und der Sturz des Bayernherzogs Tassilo führten zur Wiedervereinigung aller zum spätern

Land Tirol gehörenden Landschaften im Frankenreich. An die einstige Trennung erinnerte nur die enge Verbindung des Vinschgaus mit Chur- rätien und seine mit diesem 916 erfolgte Eingliederung in das Herzogtum Schwaben.

Neue Trennung brachte im Hochmittelalter die selbständige Entwicklung der Bistümer Brixen und Trient, doch auch diese wurde wieder überwunden durch die in der Mitte des 13. Jahrhunderts ansetzende Bildung der Grafschaft Tirol, die nach Ansicht Heubergers nichts anderes ist als die Wiedergeburt der Raetia secunda; nur daß, wie der Verfasser mit unverkennbarem Bedauern feststellt, dank habsburgischer Heiratspolitik nicht die Verbindung mit dem bayrischen Alpenvorland wieder aufgenommen wurde, sondern der Anschluß an das «kolonialdeutsche» Österreich sich vollzog.

Die Schrift Heubergers verdient wegen der knappen Art der Darstellung und der Einordnung der Einzelgeschehnisse unter allgemein-historische Gesichtspunkte auch das Interesse des schweizerischen Lesers. Für den mit den geographischen Verhältnissen weniger Vertrauten wäre lediglich die Beigabe einer Karte noch wünschenswert gewesen.

\* \* \*

Von der Darstellung größerer raumpolitischer Zusammenhänge zur historischen Spezialforschung führt die Studie, die derselbe Verfasser der Meraner Gegend oder dem Burggrafenamt, wie das Mündungsgebiet der Passer gemeinhin bezeichnet wird, gewidmet hat.

Es handelt sich hier nicht um eine zusammenfassende Darstellung — was ja auch angesichts des Mangels an gesicherten Tatbeständen kaum möglich wäre —, sondern um eine Reihe von Einzeluntersuchungen über «verschiedene, noch heute nicht endgültig geklärte Fragen, ... die auch dann als belangreich erscheinen, wenn man sie von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, als von dem der Tiroler Landesgeschichte».

Von besonderem Interesse sind hier die Untersuchungen über den Verlauf der rätisch-italischen Grenze, die nach Ansicht des Verfassers den Vinschgau in der Gegend der Passermündung gekreuzt haben muß; ferner eine Studie über die in der Literatur vielfach erwähnte sagenhafte «Römerstadt Maia», deren Existenz nun aber von Heuberger nach eingehendem Quellenstudium verneint wird; und endlich Forschungen über das römische Straßenwesen im alpinen Etschtal.

Es würde hier zu weit führen, auf all die einzelnen Untersuchungen einzugehen; hervorgehoben sei lediglich die streng wissenschaftliche Methode, mit der der Verfasser vorgegangen ist und die schon als solche dem Historiker manche Anregung vermittelt.

Die Schrift Heubergers über das Burggrafenamt ist mit einer archäologischen Fundkarte und zwei photographischen Abbildungen ausgestattet.

Zürich.

Werner Meyer.

HANS LEIST, *Die öffentliche Kritik und ihre rechtlichen Beschränkungen*. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der deutschschweizerischen Gemeinwesen im Mittelalter. Bern und Leipzig, Paul Haupt, 1935.

Die Flucht aus der Ungebundenheit und Selbstverantwortung in den Schutz einer bevormundenden Führung, durch die bereits in mehreren Ländern die Mitwirkung des Einzelnen an der staatlichen Willensbildung aufgehoben worden ist, hat weitherum auch das bedeutsamste Mittel dieser Mitarbeit, die freie Meinungsäußerung und öffentliche Kritik, unterbunden. Diese unsichgreifende Abwendung von einem unlängst noch als unantastbar betrachteten Recht dürfte der tiefste Grund sein, weshalb auch in der Schweiz die Frage nach dem Umfang der zu gewährenden Rede- und Preßfreiheit — wenn auch kaum diese selbst — wiederum zur Diskussion gestellt und ein neues und dennoch unserer Staatsgesinnung entsprechendes Gleichgewicht zwischen den Forderungen der persönlichen Freiheit und der staatlichen Ordnung gesucht wird. Es ist darum äußerst verdienstvoll und in hohem Maße aktuell, wenn Leist die Form der öffentlichen Kritik in der Eidgenossenschaft des späten Mittelalters und das Verhalten der staatlichen Organe ihr gegenüber einer anschaulichen Darstellung würdigt und dadurch den heutigen Auseinandersetzungen die nationalgeschichtliche Grundlage zu geben versucht. Die Abhandlung, die im gedruckten Material genügend Stoff zur Bearbeitung des Themas fand und sich mit Recht in erster Linie auf die chronikalische Überlieferung stützt, vermittelt in knapper Form nicht nur einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Seiten des behandelten Gegenstandes, sondern wirft darüber hinaus auch ein Licht auf die derbe, aber kraftstrotzende und blutvolle Lebenshaltung jener Epoche. Eine besonders eingehende Würdigung, die wohl zum Besten der Schrift gehört, erfahren im Hinblick auf die heutige Fragestellung die von den eidgenössischen Stadtstaaten vorgenommenen rechtlichen Beschränkungen der öffentlichen Kritik. Zu begrüßen ist es aber auch, daß sich Leist nicht mit abstrakten Erörterungen begnügt, sondern die saftige und bildträchtige Sprache in erfreulichem Maße selbst zu Worte kommen läßt. Die Vorzüge, die das kleine Werk somit besitzt, lassen über dessen Schwächen, über einige Versehen und Unvollständigkeiten, über eine gewisse Unausgeglichenheit und Sprunghaftigkeit der Darstellung und des Stils und über die etwas dürftig anmutende geistige Durchdringung des Stoffes, hinwegblicken. Keiner, der in der gegenwärtigen bewegten Aussprache um das wünschbare Ausmaß der Pressefreiheit die Stimme zu erheben gedenkt, sollte an dieser Schrift vorübergehen.

B a s e l.

H a n s W a s e r.

*Aargauer Urkunden*, herausgegeben von der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau. Fünfter Teil: *Die Urkunden des Stifts St. Martin in Rheinfelden*. Mit Unterstützung der Stadt Rheinfelden herausgegeben von FRIEDRICH EMIL WELTI. Mit 2 Siegeltafeln. 384 S. Aarau,

Sauerländer, 1935. — Sechster Teil: *Die Urkunden des Stadtarchivs Laufenburg*. Mit Unterstützung der Stadt Laufenburg herausgegeben von KARL SCHIB. Mit 2 Siegeltafeln. 294 S. Aarau, Sauerländer, 1935.

Die von der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau herausgegebene Serie der Aargauer Urkunden ist durch die beiden hier angezeigten Bände wiederum in wertvoller Weise bereichert worden.

Mit den heute im aargauischen Staatsarchive verwahrten Urkunden des Rheinfelder St. Martinsstiftes sind gleichzeitig auch die Urkunden des christkatholischen Pfarrarchivs der Stadt Rheinfelden sowie die in einem Zinsbuche des Rheinfelder Spitals und die in einer Registratur der St. Martinspfunde vom Jahre 1584 (diese beiden letzteren im Stadtarchiv) enthaltenen Urkunden publiziert worden. Die gleichzeitige Aufnahme des Urkundenbestandes von Stiftsarchiv und Pfarrarchiv lag deshalb auf der Hand, weil die Pfarrei von jeher mit dem Stifte verbunden war, indem das Pfarramt durch den dem Stiftspropst unterstellten Dekan verwaltet wurde. Die Regesten der 112 Urkunden des Pfarrarchivs stammen von Dr. W. M e r z. Mit diesem fünften Teile der Aargauer Urkunden liegt nun das gesamte in Rheinfelden und im aargauischen Staatsarchive ruhende Rheinfelder Urkundenmaterial in einer schönen Ausgabe der historischen Forschung gedruckt vor. Es umfaßt insgesamt mehr als 2000 Stücke, wovon 110 Nummern aus dem 13. Jahrhundert, 520 Nummern aus dem 14. Jahrhundert und etwa 650 Nummern aus dem 15. Jahrhundert stammen. Der Rest gehört dem 16. (ca. 540), 17. und 18. Jahrhundert an. Ein wesentliches Verdienst an dem glücklichen Abschlusse dieses Unternehmens gebührt dem aargauischen Staatsarchivar, Dr. H. Ammann. Das Namenregister des 5. Bandes stammt von Dr. G. Boner in Zofingen. Die Editionsgrundsätze sind dieselben geblieben, wie sie bei den früheren Bänden angewendet wurden; wir verweisen hiezu auf unsere ausführliche Besprechung des III. Teiles in dieser Zeitschrift (Bd. XIV, S. 87—90).

Der VI. Teil der Aargauer Urkunden gibt den Urkundenbestand des Stadtarchivs *Laufenburg* heraus, wobei der Herausgeber, Kantonschulprofessor Dr. Karl Schib in Schaffhausen, auch die nur in Kopialbüchern überlieferten Urkunden miteinbezieht. Die von F. E. Welti im «*Stadtrecht von Laufenburg*» (Schweizerische Rechtsquellen, Aarau 1915) schon herausgegebenen Stücke werden unter Hinweis auf den Druckort in kurzen Regesten wiedergegeben. Es liegt also die Übersicht über den gesamten Laufenburger Urkundenbestand vor. Wertvoll ist, daß der Herausgeber einige Ausführungen zur *Geschichte* der Stadt Laufenburg, die einer Darstellung noch harret, beisteuert. Besonders lesenswert sind seine Bemerkungen zur Stadtgründung, in die wir durch einen Schiedspruch in Streitigkeiten zwischen der Äbtissin von Säkingen und ihrem Kastvogte, dem Grafen Rudolf II. von Habsburg, wegen der villa und den beiden Burgen Laufenburg einigen Einblick bekommen. Die Entwicklung ging dann

im Sinne des Niederganges der klösterlichen Grundherrschaft vor sich, wobei der habsburgische Kastvogt der Hauptgewinner war. Im 14. Jahrhundert gelang es der Bürgerschaft, sich die wichtigsten Stadtrechte (Zoll, Geleite, Münze, Steuerrechte usw.) zu erwerben, ohne jedoch auch eine Herrschaft über das umliegende offene Land ausbilden zu können. In den publizierten Urkunden treten die wirtschaftlichen Faktoren, die in der Laufener Geschichte eine große Rolle gespielt haben, deutlich hervor. Sie belegen nicht nur den finanziellen Niedergang und endlichen Ruin der Habsburg-Laufener Linie, sondern spiegeln auch in schönen Beispielen zur Fischerei und Schifffahrt, zum Eisengewerbe, Salz- und Kornhandel der Stadt das Laufener Wirtschaftsleben überhaupt. Die mehr als 500 Nummern umfassen den Zeitraum der Jahre 1276—1793.

B a s e l.

P a u l R o t h.

FRITZ STUCKI, « *Beiträge zur Geschichte des Landes Glarus vor seiner Befreiung* ». 138 S., 1 Karte. Glarus 1936.

Mit der vorliegenden Zürcher Dissertation hat die voreidgenössische Periode der Glarner Geschichte eine längst wünschenswerte Neubearbeitung erfahren, die verschiedentlich neue Gesichtspunkte zu Tage förderte. Von der Behandlung ausdrücklich ausgenommen ist zwar die bekannte Tschudische Streitfrage, doch ergeben sich aus der Arbeit zahlreiche indirekte Beiträge für die künftige Forschung in dieser Richtung. Der Verfasser baute einmal auf den bisherigen Untersuchungen auf; er unterzog die Arbeiten von Dr. J. J. Blumer: « Das Tal Glarus unter Säckingen und Österreich und seine Befreiung » 1844, A. Schulte: « Gilg Tschudi, Glarus und Säckingen » 1893, E. Maier: « Zur rätischen Verfassungsgeschichte » 1928 und T. Schiess: « Tschudi's Meieramtsurkunden » 1929 einer kritischen Betrachtung und berücksichtigte namentlich all jene Fragen, die die vorgenannten Historiker im wesentlichen nur gestreift haben. Er zog aber etliches bisher unbekanntes Material in den Bereich seiner Untersuchungen ein, das auf Grund systematischer Nachforschungen im Generallandesarchiv zu Karlsruhe wie auch aus einzelnen Gemeindearchiven des Landes Glarus gefunden werden konnte. Alle diese Unterlagen hätten indessen kaum für die vorliegenden Ergebnisse genügt, wenn sie nicht neuen Forschungsmethoden unterworfen worden wären. Wo direkte Nachweise versagten, griff der Verfasser zu Rückschlüssen aus später bekannten Zuständen und Einrichtungen, zu Vergleichen und Analogieschlüssen mit Urkundenmaterial anderer, ebenfalls unter säckingischer Herrschaft gestandener Gebiete (z. B. das Weistum von Hornussen im Aargau) und legte endlich besonderes Gewicht auf die Berechnungen von Besitzungen, Bevölkerungszahlen, Erträgen, die selbst dort, wo sie notgedrungen in Schätzungen stecken blieben, glaubwürdige Anhaltspunkte lieferten. Die hauptsächlichsten Forschungsergebnisse liegen in den drei ersten Kapiteln. Blumer, der das Vorkommen eines freien Standes nicht verleugnet, neigt dazu, daß die säckingische Grundherrschaft

im Laufe der Zeit immer stärker geworden ist und daß damit der Untergang der Freien verbunden gewesen wäre. Schulte umgekehrt glaubte eine wachsende Stellung der Freien auf Kosten der Grundherrschaft annehmen zu müssen. Stucki teilt die Ansicht Schultes betreffend Vorhandensein von säckingischen und freien Gütern, weist aber auf Grund sorgfältiger Berechnungen nach, daß das säckingische Eigen rund 5000 Morgen oder kaum 20 Quadratkilometer Land ausgemacht hat bei einem totalen Flächeninhalt des Landes von 600—650 km<sup>2</sup>. Vergleiche zwischen den Erträgen der Grundzinsen und der von allen Landesbewohnern zu entrichtenden Vogtsteuer ergeben ähnlich dem Grundbesitz das überraschende Resultat, daß dreiviertel der Glarner Bevölkerung in der säckingischen Zeit auf freiem Boden wohnten. Damit wird Schultes Ansicht von einer einheitlichen säckingischen Grundherrschaft erschüttert. Ein gewisser ständischer Aufbau der Bevölkerung war tatsächlich vorhanden. Die oberste Schicht bestand in einem dünn gesäten Stand des Ministerialadels, der im 14. Jahrhundert verschwindet. Ob er, wie Tschudi, Blumer u. a. annehmen, ausgestorben ist oder ob seine Vertreter im großen Stand der Freien untergegangen sind, läßt sich kaum feststellen. Der Stand der Freien ist urkundlich belegt; Vergleiche und Berechnungen ergeben auch hier die neue Tatsache, daß die Mehrzahl der Bevölkerung ihm angehört hat. Ihre rechtliche Stellung hat sich allerdings dadurch verschlimmert, daß sie sich freiwillig in den Schutz eines Mächtigen begaben. Aus den Volfreien wurden freie Vogtsleute; sie waren nur noch frei im Sinn und Geist des 13. Jahrhunderts. Immerhin hat dieser Stand jenen des Ministerialadels und der Unfreien, der säckingischen Leibeigenen, im Laufe der Zeit aufgesogen und das treibende Element in den Befreiungskämpfen gebildet. Die weiteren Kapitel des Buches befassen sich mit der Verwaltung des säckingischen Grundbesitzes, soweit Schulte diese Fragen noch nicht ausführlich behandelt hat, sowie mit den Wirtschaftsverbänden und den Grundlagen der Organe der Selbstverwaltung. Die Gerichtsherrschaft umfaßte nicht bloß den säckingischen Streubesitz, sondern als Bannherrschaft die gesamte Bevölkerung des Landes südlich von Oberurnen. Die Übernahme des säckingischen Meieramtes durch Habsburg bedeutete 1288 praktisch das Ende der säckingischen Herrschaft und deren Beamten. Bezüglich der Wirtschaftsverbände kommt Stucki zum Schluß, daß eine einheitliche Markgenossenschaft wohl bestanden, nicht aber ins Frühmittelalter zurückreicht und später durch die Genossen abgelöst worden ist. Die Genossenschaft bildete den wirtschaftlichen, der Tagwen, die Grundlage der spätern Wahlbezirke, den politischen Verband. Die Landsgemeinde ist vermutlich die Nachfolgerin der Markgemeinde, hat aber auch die Befugnisse des Volksgerichtes übernommen. Der Landammann, das oberste Haupt des Landes, ist der Rechtsnachfolger des österreichischen Ammanns, der den säckingischen Meier abgelöst hatte. Der Rat erhielt erst nach der Befreiung des Landes öffentlich-rechtlichen Charakter. Die Befreiung freilich ist nach dem Verfasser revolutionär nur nach außen. Die In-



stitutionen an sich blieben, freilich unter anderm Vorzeichen. Die Kontinuität in der Verwaltung wurde nicht unterbrochen; die Organisation des freien Landes blieb im großen und ganzen wie in der habsburgischen Epoche. Die Wiedergabe etlicher unbekannter Urkunden, darunter jene von 1341, die das Kelnhofgericht zu Glarus bestätigt, und eine Kartenskizze mit der wirtschaftlichen und politischen Situation des Landes um 1350 vervollständigen die klar gegliederte, systematisch durchdachte und flüssig geschriebene Studie.

G l a r u s.

J a k o b W i n t e l e r.

JEHANNE D'ORLIAC, *Suisses et Grisons, Soldats de France*. Un volume avec de nombreuses illustrations dans le texte et hors-texte, 292 pages; Tours, Arrault & Cie, 1936, in 4<sup>o</sup> couronne.

En publiant le beau livre, abondamment illustré, qu'elle a écrit sous le titre *Suisses et Grisons, Soldats de France*, Melle Jehanne d'Orliac, bien connue déjà par ses nombreux ouvrages, au premier rang desquels il faut mettre, sans conteste, son *Anne de Beaujeu, roi de France*, a poursuivi un double but.

Elle a voulu, tout d'abord, en brossant la fresque où nous voyons passer, sous les plis de ses étendards, l'héroïque cohorte des Suisses qui ont servi la France de Louis XI à Charles X, ressuscitée par la magie des mots, accomplir « un acte de justice ».

Elle a pensé qu'il « convenait qu'une voix française, indépendante des partis, et soucieuse seulement de justice », racontât « cette histoire qui est la plus belle du monde ». Choissant « des faits et des images d'une incontestable vérité », elle a, en écrivant ce qu'elle appelle « un roman épique », voulu apprendre à ses compatriotes ce que la France doit à la Suisse, et dresser, comme elle le dit, « une réplique au lion de Lucerne, qui aurait dû être élevé chez nous, par nous ».

C'est surtout aux historiens français — et aux modernes, en particulier — qu'elle reproche leur attitude à cet égard. Elle les accuse d'avoir, en maintes circonstances où les Suisses ont réellement « sauvé » la France, la part prise par eux et « escamoté » leur action, au point de rendre inintelligibles les événements qu'ils racontent. C'est le cas, par exemple, pour la célèbre retraite de Meaux, en 1566, dont Melle d'Orliac prétend n'avoir trouvé le récit « dans aucune histoire officielle française ». Si l'auteur s'étonne de « l'ignorance flagrante des événements » qu'on rencontre déjà chez Voltaire, et de son « injustice voulue peut-être », elle reproche bien plus vivement à un Lavisse d'avoir parlé « en quelques lignes » seulement, de « ces quelques officiers inconnus des vieux régiments » dont la fidélité sauva le roi et la France. Elle fait retomber la faute de ce silence sur « cet enseignement officiel » qui « fait partir la civilisation de 1789 » et elle remarque, à juste titre, que « c'est pour ignorer son histoire qu'un pays sombre dans l'anarchie ».

Comment s'étonner, après ce mutisme des historiens, que la majorité des Français ignore complètement le rôle joué par les Suisses dans l'histoire de leur pays et ne se doute pas que c'est « l'ordre, toujours troublé par les agitateurs de toutes couleurs, que les soldats suisses protégèrent durant quatre siècles, pour le bien du peuple, égaré par des sophistes ». En attendant que le grand public modifie ses jugements à cet égard, comme le souhaite Melle d'Orliac, celle-ci s'attache, en premier lieu, à démontrer à ses compatriotes combien ils ont tort de flétrir les Suisses du nom de « mercenaires ». Cette démonstration qu'il n'est pas inutile de faire — même chez nous, parfois — est une des parties les plus attachantes de son ouvrage, et l'on peut dire qu'elle réfute, de manière magistrale, cette appellation infamante. Les Suisses n'ont, du reste, jamais été appelés ainsi par les contemporains, mais bien, « selon les termes des capitulations: des *alliés*, des *amis*, des *pensionnaires*, des *compères* ». Commynes marque déjà, dans sa relation de la campagne d'Italie de 1494, la différence qu'il fait *entre* les *Suisses* et « les *lansquenets mercenaires* d'autres nations ». Que de défenseurs ils ont trouvé, sur ce point, à travers les âges! Et les rois de France ont, en d'innombrables circonstances, montré la haute estime dans laquelle ils tenaient les Suisses: je regrette de ne pouvoir indiquer tous les cas cités par Melle d'Orliac, dont je dois me borner à reproduire la conclusion. « Si nous payions ces soldats avec de l'argent, dit-elle, eux ont versé leur sang généreusement, non seulement pour d'illusoires conquêtes, mais pour le maintien de la dynastie, le soutien de l'autorité et l'unification du territoire ». Et le duc de Rohan dira, sous Louis XV: « Les Suisses vendent la liberté de leur corps, et gardent pour eux celle de leur pays ».

Si quelques Français étaient encore tentés, après cela, d'appeler les Suisses des « mercenaires », de quel nom faudrait-il les flétrir eux-mêmes dans certains cas? Parlant, en effet, de la paix de Sainte-Menehould (1614) pour laquelle Condé avait exigé 450,000 livres, Mayenne 300,000 et Longueville 100,000, *pour ne pas se battre contre leur roi*, Melle d'Orliac conclut: « Si les Suisses se faisaient payer, comme on le leur reproche, *pour servir avec fidélité*, les grands seigneurs de ce temps, se faisaient payer *pour ne pas combattre leur propre pays et leur roi*, en somme, *pour ne pas être infidèles* ».

Ce sont là des choses qu'il est plus facile à une Française qu'à un Suisse, de dire ouvertement. Il en est beaucoup d'autres qui chatouillent agréablement nos oreilles, et que Melle d'Orliac n'a pas hésité à raconter. Le public suisse ne saurait lui en savoir trop de gré.

Mais si l'auteur a beaucoup appris à ses compatriotes et s'il faut souhaiter que son livre soit très lu en France et qu'il rende certains Français un peu moins hautains envers ceux qu'ils ont parfois tendance à traiter encore de « gros Suisses », comme on disait au temps de Louis XVI, il est à désirer que ce volume ait aussi beaucoup de lecteurs en Suisse. Le second but de

l'auteur est, en effet, d'en faire aimablement « l'offrande à nos alliés de quatre siècles, restés nos amis sans être désormais nos *compères* ».

Melle d'Orliac est, par contre, trop modeste en pensant qu'elle n'a rien à apprendre aux Suisses. Le temps n'est plus, sans doute, où un historien passionné de 1848, le Dr Berchtold, pouvait impunément traiter les soldats suisses au service de France de « machines propres à tout », et « automates », de « vils esclaves », et aller jusqu'à dire, en parlant de la tragédie du 10 août 1792: « Nous ne comprenons pas qu'il pût y avoir de l'héroïsme dans le dévouement d'une troupe de mercenaires ». Le public d'aujourd'hui est un peu plus renseigné; il connaît un peu mieux l'histoire. Il n'en est pas moins vrai que le service de France n'a pas toujours très bonne presse chez nous et que, même chez ses admirateurs, il en est beaucoup qui ne savent pas tout ce que contient l'ouvrage de Melle d'Orliac. Les uns et les autres — et tous les Suisses, d'ailleurs — trouveront un vif intérêt à le lire. Ils comprendront le but qu'ont poursuivi nos ancêtres, les avantages que la Suisse a retiré de ce service et de la continuité de cette politique d'alliance avec le roi de France. Ils y retrouveront les traits d'héroïsme, de fidélité, de fierté de nos beaux soldats d'autrefois. Ils les verront passer eux-mêmes, « dans un bruit d'étendards claquant comme des ailes », « au roulement des tambours battant avec un rythme si parfait qu'une expression en était née, proverbiale jusqu'à nos jours: Battre le tambour à la Suisse ». Ils les verront passer, des Suisses « à l'habit galonné d'or et à la toque à plume » de Louis XI, à ceux de François Ier, « accoutrés de pourpoints de damas, d'un côté tout rouge, et de l'autre demi-blanc et demi-jaune », à ceux d'Henri IV, « vêtus mi partie de velours bleu et tanné par grandes bandes bouffantes de velours bleu et taffetas blanc, le bas d'estame bleu et la toque de velours noir », jusqu'à ceux de Louis XVI, dans leurs habits rouges comme le sang dont ils arrosèrent l'escalier des Tuileries.

Pourquoi faut-il qu'il y ait, dans ce beau livre, tant de petits lapsus qui, s'ils échappent aux yeux des lecteurs français, sont bien irritants, parfois, pour les Suisses? Pays de *Vaux* pour *Vaud*, *Valengrain* pour *Valangin*, *Woldmann* pour *Waldmann*, le *Raust* pour le *Ranft*, *Schwartzmanter* pour *Schwarzmurer*, *Jewissh* pour *Jetschwil*, etc. . . ., sans compter *Yverdun*, *Granson* et même *Bedfort* pour *Belfort*. Il eût été bien facile d'éviter ces petites imperfections si Melle d'Orliac avait pris la peine de demander à l'un de ses nombreux amis Suisses de jeter un coup d'oeil sur ses épreuves. Ce qui surprendra quelque peu le lecteur suisse, ce sera de lire (p. 178) que: « Soleure . . . est en effet enfoncé dans la chaîne des Alpes du Glarenisch à l'Altels, magnifiques altitudes au bas desquelles coule l'Aar ». ! ! . . Il se contentera de sourire, en pensant à la définition que l'on donne parfois du Français: « Un monsieur décoré qui ne sait pas la géographie » . . . Mais je puis l'assurer que si Melle d'Orliac ne connaît peut-être pas parfaitement la géographie de notre pays, elle connaît, par contre, admirablement son histoire, et que son beau livre doit être lu, non seulement par les historiens, mais

par tous ceux qui aiment notre histoire, et qui seront charmés de l'entendre raconter dans un beau langage, imagé et vivant.

Fribourg.

Pierre de Zurich.

*Études et Documents inédits sur la Réformation en Suisse Romande.* Lausanne, imprimerie La Concorde 1936, 148 p. in 8<sup>o</sup>.

*La Revue de Théologie et de Philosophie* fait paraître un volume où l'étude principale de M. Charles Gilliard, est suivie de quelques mémoires et textes, rédigés ou recueillis par Mlle. Gabrielle Berthoud, MM. Arthur Piaget, Henry Meylan, Frank Olivier.

Les soixante-huit pages que le professeur Charles Gilliard consacre aux débuts de la Réforme vaudoise<sup>1</sup> seront probablement appréciées des historiens davantage que du grand public, car ils prennent leur joie où d'autres ne la trouvent point: ce n'est pas à dire qu'elles soient de l'espèce rébarbative, certes non; c'est simplement — quoique le mot prête à de vieilles controverses — parcequ'elles sont scientifiques. L'auteur a bénéficié des explorations entreprises par MM. Rivoire et van Berchem aux Archives de Turin, mais il en a fait lui-même, en sorte que son étude est neuve; il faudra désormais que ceux qui enseignent et ceux qui désirent comprendre le prennent pour guide. Après avoir cherché les prodromes de la Réforme à Lausanne, il les décèle dans le reste du pays de Vaud; ainsi naquirent deux articles distincts, dont le lecteur fera la synthèse pour apercevoir avec netteté l'état du diocèse. M. Gilliard n'eût pas manqué de l'entreprendre lui-même, s'il eût prévu d'emblée qu'ils seraient un jour réunis. Au reste, une vaste érudition offre des repères précieux. Comparaisons, rappels placent chaque détail au point exact qu'il doit occuper dans l'ensemble, à la manière d'un puzzle dont les fragments s'expliquent en relation du tout.

Une pierre d'achoppement, pour l'historien de cette époque, est la transcription des textes. Lorsqu'il s'agit de latin, le problème est simple: la traduction ne se conçoit qu'en langage d'aujourd'hui. Mais le français? L'orthographe, vers 1525 à 1535, est toujours capricieuse, souvent elle est incohérente<sup>2</sup>. M. Gilliard vient en aide au lecteur: il la modernise. Malheureusement les mots, les tournures de phrases demeurent archaïques, en sorte que le texte n'est, en fin de compte, ni authentique ni moderne. Quand il est extrait d'un recueil, publié selon les règles de la critique, cela n'a pas d'importance, mais on apporte ici beaucoup d'inédit; si on l'eût transmis, au moins en note, dans la graphie ancienne, on eût rendu service à plusieurs. D'ailleurs, en dépit de tout, l'unité graphique n'est pas réalisable. M. Gilliard lui-même ne résiste pas au plaisir d'écrire avec le gouverneur de

<sup>1</sup> *Les débuts de la Réforme à Lausanne et dans le Pays de Vaud.* Extrait des années 1933 et 1936 de la *Revue de théologie et de philosophie*.

<sup>2</sup> Qu'on lise ce qu'une coïncidence en a fait écrire par M. Meylan, dans le même ouvrage (p. 135) à propos d'une page d'Olivétan.

Lullin: « Leuter » pour Luther<sup>3</sup> et se voit contraint de parler des affaires « luthériennes », et de ce « luthérien prêcheur Farel » sans que nous ayons nous-mêmes cet autre plaisir de connaître la forme contemporaine dont les variantes ravissent les gourmets. Tant pis pour les gourmets.

L'étude ne prête à aucune objection essentielle. Tout au plus pourrait-on rompre une lance en faveur du pauvre Sébastien de Montfalcon, si malmené par Ruchat et par Vuilleumier<sup>4</sup>. Certes, ce fut un vaincu. Mais quelles vertus lui eût-il fallu pour vaincre! L'effort disciplinaire que réclamaient les temps n'était pas à la portée d'un évêque, père de famille; ce n'est pas une raison pour lui refuser le discernement<sup>5</sup>. Son intelligence aujourd'hui ne saurait faire de doute; il lui manquait autre chose pour réussir: la force ou la sainteté<sup>6</sup>.

Pour la première fois, et grâce à des textes récemment publiés, M. Gilliard note la tentative de Farel à Lausanne en 1529 et n'oublie pas, à cette occasion, de mentionner l'homme auquel la Réforme romande doit tant, Pierre Girod. Ce Fribourgeois devenu secrétaire d'Etat à Berne appartenait à la famille dont, à la paysanne, le nom se prononçait Girou (comme le Genthod — Genthou des Genevois)<sup>7</sup>. Latinisant son nom, il en fit Cyro et le germanisant, Zyro<sup>8</sup>. C'est une erreur, à laquelle le grand Herminjard n'a pas échappé, de l'appeler Giron, même si quelques contemporains le dénomment *Gironus*.

Puisque nous en sommes aux détails, nous dirons que sur la date de cet essai missionnaire de Farel, notre calcul ne concorde pas absolument avec celui de M. Gilliard. Selon lui, le réformateur vint à Lausanne « vers le 10 octobre »<sup>9</sup>. Or la lettre de recommandation que le Conseil de Berne rédigea pour Farel est du 3; le ministre n'était pas homme à différer son voyage. D'autre part, le 16, il se trouvait à Fribourg, après avoir passé huit jours à Lausanne, selon une information d'Amé de Lullin<sup>10</sup>. Il fallait qu'il fût parti de cette ville le 15 et peut-être le 14. Nous pensons donc qu'il se présenta au Conseil de Lausanne le 5 au plus tôt, le 7 au plus tard<sup>11</sup>.

Ces menues observations sont une preuve de l'agrément que l'on prend à suivre M. Gilliard dans ce qu'il appelle une « enquête ». Le mot est juste,

<sup>3</sup> P. 9, n. 1.

<sup>4</sup> P. 20.

<sup>5</sup> P. 8, n. 28.

<sup>6</sup> Cf. H. Naef, *Les origines de la Réforme à Genève*, 1936, p. 337 ss.; 376—385.

<sup>7</sup> Il est bien d'autres exemples: le nom de Revilliod s'est prononcé Revilliou jusqu'au XIX<sup>e</sup> siècle dans la campagne genevoise.

<sup>8</sup> Sur lui, cf. M. Sulzer, *Der Stadtschreiber Peter Cyro und die Bernische Kanzlei zur Zeit der Reformation*, Berne, 1922; Naef, *Les origines*, p. 347 et bibliographie.

<sup>9</sup> P. 10.

<sup>10</sup> Cf. *Registres du Conseil de Genève*, t. XI, p. 608 et n. 3.

<sup>11</sup> P. 67.

puisqu'il incite le lecteur à chercher avec lui; mais il est trop modeste, puisque l'historien vaudois, auquel nous devons nombre de trouvailles sur le XVI<sup>e</sup> siècle romand, vient de fonder la préréforme au diocèse de Lausanne sur des bases solides. Elles manquaient encore.

Les documents, que publient en les commentant MM. Arthur Piaget et Henri Meylan, prouvent que, malgré le labeur incessant de plusieurs générations d'érudits, on ne saurait se targuer d'avoir encore mis à jour toutes les pièces d'archives utiles à l'histoire de la Réforme. De plus, ils ouvrent à l'avenir un champ d'explorations; il y est question de magistrats fribourgeois et bernois, ces Pierre Arsent, Jost de Diesbach, Hans Reyff dont l'influence ne fut pas indifférente et qui sortiront le l'ombre peu à peu<sup>12</sup>. Certains le méritent; il serait curieux de mettre en relief l'évangélisme précoce de Reyff, ami d'Agrippa, et son retour à l'église traditionnelle. Si les faits généraux se dégagent maintenant des ténèbres, il resterait à tracer l'état d'âme de ces hommes à conversion simple ou double.

M. Piaget nous annonce<sup>13</sup> dans une note relative aux Mémoires dits de Pierrefleur qu'il ne se décide de les attribuer ni à Pierre ni à Guillaume, et nous laisse sur l'attente d'un nouveau tournoi où il rompra d'autres lances; ceux qui apprécient la sûreté de son jeu sont impatients d'y assister.

M. Meylan édite *les articles du synode de Neuchâtel (mai 1534)* qui échappèrent à Herminjard, ce qui n'est pas pour l'heureux chercheur un minime titre de gloire<sup>14</sup>; ils sont faits de détails très vivants sur l'état des communautés d'Orbe, de Payerne, de Grandson et du Jura Bernois. Nous consentons, avec M. Meylan, à reconnaître l'influence grandissante alors de Caspar Megander, mais nous ne voudrions pas que le titre de « principal homme d'Eglise » des Bernois, portât préjudice à Berchtold Haller qui était encore en ce temps leur vrai chef spirituel<sup>15</sup>.

Mlle. Gabrielle Berthoud met au jour neuf lettres de réformés, datées de 1538<sup>16</sup>; elles sont toutes écrites de Genève par des réfugiés français et adressées, sauf une, « à des réformés de Bordeaux ou de la région avoisinante ». On juge quelle contribution, elles apportent indirectement à l'histoire de Genève et directement à l'histoire des réformés gascons. Si l'on y trouve des opinions contemporaines sur Despériers et Rabelais, l'historien qui bénéficiera d'une Correspondance de Théodore de Bèze dont la publication, préparée par feu Hippolyte Aubert, se fait désirer, aura peut-être l'occasion d'identifier tels personnages évoqués ici.

<sup>12</sup> Sur eux, cf. H. Naef, *Fribourg au secours de Genève* (Fribourg, 1927), *Bezanson Hugues, son ascendance et sa postérité, ses amis fribourgeois* (Genève, 1934), *Les origines de la Réforme à Genève*, aux tables.

<sup>13</sup> Deux « mémoires » sur la Réformation à Orbe (juillet 1531), p. 69, n. 1.

<sup>14</sup> P. 77, n. 1.

<sup>15</sup> P. 76.

<sup>16</sup> *Lettres de réformés saisies à Lyon en août 1538*, p. 87 ss.

Enfin, M. Frank Olivier<sup>17</sup> tire une philosophie intéressante des faits pour montrer que l'unité politique du Pays de Vaud est en fonction de l'Eglise réformée, dont il examine avec beaucoup de sûreté l'ordonnance, et, si l'on peut dire, le mécanisme. Tout le monde est d'accord aujourd'hui sur l'interprétation qu'il donne de l'hérésie; en revanche, sa manière d'expliquer la disparition progressive de la sorcellerie nous paraît nouvelle et fort psychologique<sup>18</sup>. Ces épithètes conviennent tout autant au portrait du Major Davel<sup>19</sup>; il nous a paru aussi juste qu'original, et l'auteur y fait preuve de cet esprit de finesse dont l'histoire ne saurait se passer.

Bulle.

Henri Naef.

PAUL-E. MARTIN, 1536—1936. *Un grand anniversaire genevois*. Imprimerie du Journal de Genève, 1936. 31 p.

A l'occasion du 4<sup>ème</sup> centenaire de la Réforme, M. Martin a publié une brochure qui, pour n'avoir qu'une trentaine des pages, n'en est pas moins pleine de choses. Il y étudie les circonstances qui ont amené le plébiscite du 21 mai 1536, par lequel le peuple genevois s'est prononcé pour la Réforme; il publie et commente le texte de cette décision; il montre le rôle de Farel dans la préparation de celle-ci, comme aussi dans l'organisation du culte protestant qui en est la conséquence.

La résolution du 21 mai 1536 est la première que le peuple genevois ait prise en toute souveraineté; elle consacre, en quelque sorte, l'indépendance complète de la République; elle fait d'elle cette cité de la Réforme qu'elle a été par la suite. En même temps, elle annonce la création des écoles qui firent de Genève une ville de culture: chacun devra envoyer ses enfants à l'école et l'on cherchera un maître pour enseigner les pauvres gratuitement, «afin que l'on puisse instruire les enfants à vivre selon Dieu et sa parole.»

On voit combien ce plébiscite a influé sur l'histoire de Genève et il était bon qu'une plume compétente rappelât cette date, qui est plus que celle d'un anniversaire genevois.

Lausanne.

Charles Gilliard.

CHARLES BORGEAUD, *L'Académie et l'Université de Genève au XIX<sup>ème</sup> siècle*. Genève, Georg & Cie. 1934. 2 vol. in-4<sup>o</sup>, XIX — 573 et 314 p.

En 1900, M. Ch. Borgeaud publiait, sous ce titre: *L'Académie de Calvin*, le premier volume de son *Histoire de l'Université de Genève*; en 1909, il en donnait le second volume: *L'Académie de Genève dans l'Université de Napoléon*. En 1934, il a terminé cette oeuvre magistrale en en

<sup>17</sup> *La part de l'église réformée dans la formation du Pays de Vaud*, p. 112 ss.

<sup>18</sup> Cf. p. 121—122, 131.

<sup>19</sup> P. 129—130.

faisant paraître la troisième partie: *L'Académie et l'Université de Genève au XIX<sup>ème</sup> siècle*. Des documents, des portraits en grand nombre, admirablement reproduits, ornent ces beaux volumes, d'une typographie irréprochable. Ces volumes, disons-nous, car cette troisième partie se compose de deux tomes.

Le second, qui porte en sous-titre, *Annexes*, reproduit presque textuellement les mémoires, rédigés par chacune des facultés pour l'exposition nationale de 1896; ils contiennent l'histoire de celles-ci pendant les 25 premières années de l'Université (1872—1896). On y trouve indiqués les buts et les méthodes poursuivis par elles, avec des indications précises sur le nombre des chaires et les professeurs qui les ont occupées; ceux qui n'étaient plus en vie en 1896 sont l'objet d'une biographie. Les auteurs étaient J. Cougnard pour la faculté de théologie, Alfred Martin pour celle de droit, M. Bernard Bouvier pour celle des lettres, Ch. Soret et E. Yung pour celle des sciences, Aug. Eternod pour celle de médecine.

Le premier tome contient l'histoire de l'Université dans son ensemble; il est dû entièrement à M. Borgeaud. Celui qui en contemple l'ampleur ne s'étonnera pas qu'il ait fallu à celui-ci 25 ans pour l'achever; ce qui surprendrait plutôt, ce serait que, à côté de son enseignement, l'auteur n'ait pas dû y consacrer plus d'années encore. La place dont nous disposons ne nous permet qu'une analyse sommaire de cet ouvrage monumental; nous nous bornerons à signaler les phases les plus marquantes de cette histoire d'un siècle.

1814 est l'époque de la Restauration, tout particulièrement à Genève qui avait passé par la Terreur et l'annexion. Restaurer le passé est le désir des Genevois et le mot d'ordre des autorités. On rétablit donc toutes choses sur le pied où elles étaient en 1789 et l'on replace l'Académie dans la dépendance du clergé. C'est pour cela que l'on écarta une proposition du recteur Boissier tendant à créer une Université à Genève. C'eût été une innovation et, d'ailleurs, l'Eglise craignait l'apparition d'une faculté des sciences qui, fatalement, eût échappé à son contrôle.

Mais il y avait à Genève de grands savants: Augustin-Pyramus de Candolle, Gaspard et Auguste de la Rive. Par la création du Jardin botanique et du Musée, ils réussirent à introduire l'enseignement des sciences naturelles à côté de l'Académie, tandis que Bellot et Rossi illustraient l'enseignement du droit. Ainsi naissaient les prémices d'une moisson future. Lorsque les hommes qui avaient fait la Restauration eurent disparu, la génération nouvelle put, sans difficulté, laïciser l'Académie. Ce fut surtout l'oeuvre d'Aug. de la Rive, qui fut l'auteur de la loi de 1835; celle-ci créait une Académie de quatre facultés, corps autonome, qui jouit, pendant une dizaine d'années, d'une vie brillante et facile.

L'avènement du radicalisme bouleversa ce bel édifice. James Fazy voyait dans l'Académie un repaire d'aristocrates; il aurait même voulu supprimer la faculté de droit; les despotes n'aiment pas les libres études.



La plupart des professeurs donnèrent leur démission en 1846 et 1847, ou ne furent pas réélus en 1848. Les candidats que le parti triomphant imposa pour leur succéder ne furent pas tous excellents, loin de là. Toutefois, c'est de cette époque que datent les nominations d'Amiel et de Carl Vogt. Mais, pour longtemps encore, la politique devait troubler la vie académique.

En 1872, sous l'influence d'Antoine Carteret, l'ancienne Académie fut transformée en une université moderne. On lui adjoignit alors la faculté de médecine qui lui manquait. L'essor intellectuel et la prospérité matérielle de la fin du siècle permirent que, non sans à-coups, cette institution se développât et devînt ce que nous voyons aujourd'hui.

De tous temps, la faculté de théologie avait été fréquentée par des étudiants français; la faculté des sciences et celle de médecine attirèrent des étudiants slaves et balkaniques, tandis que des Allemands venaient à Genève pour y apprendre le français. Cela contribua à donner à cette université un caractère international.

En nous racontant l'histoire de l'Université de Genève, M. Borgeaud fait plus que de nous parler d'une ville; c'est l'évolution intellectuelle de tout un siècle qui se déroule sous sa plume; nous voyons les tendances réactionnaires lutter avec l'esprit libéral, les tendances traditionalistes, qui trouvent leur satisfaction dans l'étude des sciences morales, rivaliser avec l'esprit moderne, positiviste, qui prétend trouver dans les sciences naturelles la seule source de la vérité et les forces qui créeront le progrès.

M. Borgeaud fait cette étude avec la sûreté de connaissances et la hauteur de vues que chacun lui connaît, avec ces qualités rares qui font de lui une illustration de cette haute école qu'il a voulu illustrer en écrivant son histoire.

Lausanne.

Charles Gilliard.

PIERRE DE ZURICH, *Pierre-Nicolas Chenaux, 1740—1781. Extrait des Annales Fribourgeoises, 1935.* Fribourg, Fragnière frères, 1935. 68 p. in 8<sup>o</sup>.

Préluant à une étude générale sur la « révolution de Chenaux » M. Pierre de Zurich a voulu tout d'abord reconstituer la personnalité du prétendu chef de l'insurrection gruyérienne de 1781. Il l'a fait en ne négligeant aucun détail, aucune pièce d'archives. Avec un soin et une conscience admirables, une critique impeccable, il décrit tous les aspects de l'activité de Pierre-Nicolas Chenaux jusqu'à la veille des événements de mai 1781.

Né à la Tour de Trême, le 26 février 1740, seul fils de Claude-Joseph Chenaux, châtelain du lieu en 1741, Pierre-Nicolas Chenaux se lance de bonne heure, en 1760, dans les opérations immobilières. Aide-major dans le Régiment de Gruyère en 1761, il se fait licencier en 1766, par dépit de n'avoir pas obtenu le poste de major. Obligé en 1767, à cause de ses promesses, d'épouser Marie-Claudine Garrin de Bulle, il se livre à divers négoce, à l'étranger, puis en Gruyère. Cela ne va pas sans de multiples difficultés,

des tractations pénibles avec son père, qui doit séparer ses intérêts des siens, et des contestations de plus en plus inextricables. Successivement marchand de fromages, négociant en grains, engagé dans des procès avec son beau-frère Garrin, avec un sieur Majeux, avec l'avocat Castella de Gruyère, Pierre-Nicolas Chenaux demande, le 11 février 1772, sa mise en faillite. Son père le tire d'affaire par une caution et les biens de Pierre-Nicolas sont vendus.

Ruiné, fort aigri, de plus violent et querelleur, Chenaux semble à cette époque avoir tenté de refaire sa fortune par des recherches minières. En 1776, avec d'autres bourgeois de la Tour, il est compromis dans une affaire de coupes de bois, faites dans la forêt de Sauthaud, contrairement aux arrangements pris entre le gouvernement de Fribourg et la commune de la Tour de Trême. Cette fois il est condamné à dix ans d'interdiction des assemblées bourgeoises et à un an de résidence dans la paroisse avec exclusion du cabaret.

En 1777 Chenaux fait de l'élevage de mulets. Mais les procès recommencent autour de la succession de son beau père, puis avec ses soeurs qui demandent des règlements de comptes à Pierre-Nicolas et à son père. Le 16 mars 1781, le Petit Conseil de Fribourg menace l'ancien aide-major de le mettre sous curatelle.

Quelques semaines avant la marche sur Fribourg, le 3 mai 1781, Chenaux se trouve donc moralement atteint, et financièrement dans une situation désespérée. M. Pierre de Zurich peut ainsi conclure que, dans toute sa carrière, Chenaux a fait preuve d'un manque constant de jugement et de discernement, même de franchise et de droiture. C'est un spéculateur et un processif, incapable d'action réfléchie. En aucune façon il ne fait figure de chef. Dans l'insurrection de 1781, il faut donc s'attendre à ce qu'il joue le rôle d'instrument de l'avocat Castella et même de victime.

Genève.

Paul E. Martin.

S. STELLING-MICHAUD, *La carrière politique de François-Louis de Pesme, seigneur de Saint Saphorin*. Volume I. *Saint Saphorin et la politique de la Suisse pendant la guerre de succession d'Espagne (1700—1710)*, chez l'Auteur Villette-les Cully 1935. 462 p. in 8<sup>o</sup>.

« Une vie d'homme tout entière et infiniment de talent ne seraient pas de trop pour épuiser l'ensemble des combinaisons politiques se rattachant à la succession d'Espagne . . . Il s'en faut que nous connaissions encore toutes les carrières où gisent plus ou moins à fleur de terre, les moellons, voire les pierres nécessaires pour une pareille oeuvre ». C'est après avoir cité ces paroles de A. Lagrelle que M. Stelling-Michaud reprend son étude sur M. de Saint-Saphorin. Or, M. S.-M. a pu s'emparer d'un de ces moellons en examinant les archives de la famille de Mestral, mises obligeamment à sa disposition. Il y a trouvé des lettres de Saint-Saphorin et d'autres importants personnages ainsi que des mémoires, qui apportent de précieux renseigne-

ments sur les répercussions de la guerre de succession d'Espagne en Suisse. L'auteur a fait également des recherches dans les archives d'une vingtaine de villes et sa bibliographie est considérable. C'est dire la valeur de sa documentation.

François-Louis de Pesme de Saint-Saphorin (de la famille de Pesme qui avait été à la tête du parti catholique à Genève pendant la Réforme) est un protestant et un vaudois, donc un vassal de Berne, deux qualités très défavorables à sa carrière. En voulant jouer le rôle auquel ses talents lui donnent droit, il se heurte constamment à toutes sortes d'oppositions: en Autriche, on lui reproche d'être suisse et protestant; à Berne, il n'est qu'un vassal suspect de veiller plus aux intérêts de l'Autriche qu'à ceux de son pays. Il se fait heureusement apprécier par des personnages influents; à Vienne, par le prince Eugène, Caunitz; en Suisse, par l'avoyer Sinner, le banneret Willading. Grâce à eux, il arrive parfois à faire triompher son point de vue.

Quelle figure intéressante que celle de Saint-Saphorin! Ses jugements sont clairvoyants et, possèdent un réel sens diplomatique, il sait prévoir. Sur les sujets les plus divers, il a des conceptions originales qui devancent celles de son temps. Au milieu de tant de ses contemporains, gens avides de gain et tortueux dans leur voies, il est désintéressé, honnête. Pourtant malgré son idéalisme, il sait se mouvoir dans la réalité et en tirer tout le parti possible.

Sa politique est dirigée par l'amour qu'il a pour son pays et par sa haine de la France. C'est pour isoler cette puissance et arce qu'il se méfie d'elle qu'il pousse les Confédérés à l'alliance autrichienne, qu'il s'oppose aux levées de troupe pour la France et que dans l'affaire de Neuchâtel, il agit en faveur de la Prusse.

Notre livre débute en 1700, en pleine mêlée diplomatique. Grâce à sa situation entre les belligérants et à ses passages sur le Milanais, la Suisse est une puissance que chacun cherche à son concilier. De leur côté, les cantons s'efforcent de ne pas se compromettre. A ce moment, Saint-Saphorin, lassé de sa vie d'aventures, quitte le Danube pour le Ballplatz et ses antichambres. A Vienne, il représente la Suisse; en Suisse, il est agent impérial mais sans aucune charge officielle. Ceci ne l'empêche pas de jouer une rôle prépondérant bien que souvent obscur. Il se trouve mêlé à toutes sortes d'affaires, à des levées de troupes, à des questions de douane, de traités, d'emprunts, au passage en Suisse des Camisards. Il se rend dans le Piémont pour y voir Victor Amédée, en train de fausser compagnie à la France. L'ambassadeur impérial, Trautmansdorf, qu'il est chargé de seconder, compromet souvent son oeuvre par indifférence et manque de tact, tandis que le marquis de Puitsieux, ambassadeur de France, redouble d'activité et de souplesse.

Enfin l'on en vient à l'importante affaire de Neuchâtel qui à l'époque battit peut-être le record des « pots de vins » et des manoeuvres diplomatiques. A cause de la multiplicité des prétendants et de leurs agents, la situation semble d'abord inextricable. A tout prix, Saint-Saphorin pousse la candidature du roi de Prusse, le plus éloigné des souverains, celui dont la Suisse aura

le moins à redouter. M. Stelling-Michaud a retrouvé et publié à la fin de son livre le « Mémoire secret, dit des «pots de vin» ». A part de trop rares exceptions, ces Messieurs de Neuchâtel ne craignirent pas de marchander leur voix, ni même de faire du chantage et ce document nous donne là-dessus toutes les précisions désirables.

Après une breve étude de l'énigmatique Jérôme d'Erlach qui par sa vie équivoque suscita tant de polémiques, l'ouvrage nous laisse en 1770, mais on nous annonce la prochaine parution d'un nouveau volume: Saint-Saphorin et la paix d'Utrecht, 1710—1714.

Nous croyons que l'oeuvre de M. Stelling-Michaud, si vivante et claire malgré les difficultés du sujet, sera un élément indispensable à toute étude de cette époque en Suisse.

Genève.

Daisy de Saugy.

ROBERT STEINER, *Der Kanton Rätien zur Zeit der helvetischen Verwaltungskammer*. Beiträge zur Bündnergeschichte von 1802/03. Druck von A.-G. Gebr. Leemann & Cie., Zürich, 1936. Ebenso erschienen als Heft 2 des XVIII. Bandes der «Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft».

Die Zeit der Helvetik besitzt für die Geschichte des Kantons Graubünden insofern ihre ganz besondere Bedeutung, als sie die eigentliche Brücke bildet vom alten, nur in ganz loser Verbindung mit der Eidgenossenschaft stehenden Freistaat gemeiner drei Bünde zum gleichberechtigten Mitglied des schweizerischen Bundesstaates der Mediationszeit. So ist es nicht verwunderlich, daß diese schicksalsschwere und an politischen Wandlungen überaus reiche Periode seiner Geschichte schon des öftern zum Gegenstand geschichtlicher Bearbeitung gemacht worden ist. Der oben genannte Verfasser hat sich daraus die bisher etwas zu kurz gekommenen anderthalb Jahre vom Herbst 1801 bis Frühling 1803, während welcher Graubünden einer nach helvetischem Muster eingerichteten Verwaltungskammer unterstand, zur Behandlung gewählt. Trotz der kurzen Zeitspanne des von ihm behandelten Abschnittes sieht sich Steiner angesichts der Fülle der Ereignisse und des dadurch bedingten umfangreichen Materials genötigt, mehr die großen Linien herauszuarbeiten, als sich in allzuvielen Einzelheiten einzulassen. Durch die übersichtliche Gliederung des Stoffes in die drei Hauptabschnitte: Vorgeschichte 1797—1802, politische Geschichte 1802/03 und Verwaltungsgeschichte dieser Zeit, mit entsprechenden Kapiteln und Untertiteln, weiß er den an sich recht verworrenen Stoff übersichtlich zu gestalten und dem Verständnis näher zu bringen.

Sind die politischen Ereignisse und Vorgänge dieser anderthalb Jahre aus den schon vorhandenen Arbeiten bereits einigermaßen bekannt, so bietet Steiner im dritten Abschnitt, der sich mit der internen Verwaltung des Kantons Graubünden in jener Zeit befaßt, eigentlich Neues. Besonderes Interesse beansprucht dabei das Finanzwesen, das sich neben den Steuern

aller Art, Zöllen und Weggeldern, mit dem Handlungs- und Fuhrwesen, dann mit dem Salzregal, der Getreideversorgung, Lebensmittelpreisen und anderm zu befassen hatte. Ja selbst mit den Klöstern und dem Bistum sowie der Teilung des Churer Zunftvermögens hatte es sich abzugeben. Im Justizwesen, das jetzt ganz der helvetischen Verfassung angepaßt wurde, nahmen u. a. zwei größere Kriminalfälle die Behörden in Anspruch, während das Militärwesen hauptsächlich mit den französischen Besatzungstruppen und der Stellung der Rekruten für das helvetische Kontingent beschäftigt war.

Was Steiner als Nichtbündner besonders hoch angerechnet werden muß, ist die weitgehende Beherrschung des Stoffes, der es ihm ermöglichte, nicht nur den politischen Teil seiner Arbeit souverain zu gestalten, sondern auch der Behandlung der verschiedensten, oben zum Teil angeführten Materien der innern Verwaltung in jeder Hinsicht gerecht zu werden. Dabei kam ihm allerdings der Umstand fördernd zu statten, daß sowohl das Aktenmaterial als die Protokolle dieser Zeit im bündnerischen Staatsarchiv in seltener Vollständigkeit vorhanden sind und ihm erlaubten, aus dem Vollen zu schöpfen. Der Kanton Graubünden hat mit Steiners Geschichte der helvetischen Verwaltungskammer im Kanton Rätien eine gehaltvolle Bereicherung seiner Geschichtsliteratur erhalten. Auch in sprachlicher und stilistischer Hinsicht darf sich diese Arbeit sehen lassen. Eine Karte der damaligen Bezirkseinteilung des Kantons Rätien vervollständigt ihre Brauchbarkeit.

Chur.

Paul Gillardon.

CHARLES SCHNETZLER, «*Charles Monnard et son époque, 1790—1865*». Payot & Cie., Lausanne 1934, petit in 8<sup>o</sup>, 368 p.

Beaucoup de gens ignoraient, sans aucun doute, le rôle considérable joué dans l'histoire contemporaine de la Suisse par Charles Monnard. M. Charles Schnetzler vient de démontrer qu'une biographie consacrée à cette existence si remplie était une oeuvre utile. Elle montre, en effet, l'influence exercée sur la politique suisse et surtout sur la vie vaudoise par Monnard. D'une part, au moment des affaires Conseil et Louis-Napoléon Bonaparte en 1836 et 1838, en qualité de premier délégué de Vaud à la Diète, il exprima à plusieurs reprises, par ses discours et par les notes diplomatiques qu'il fut chargé de rédiger à l'adresse de la France, le sentiment de dignité et la volonté d'indépendance du peuple et du gouvernement suisse, et la Suisse sentit si bien ce qu'elle lui devait que les officiers zuricois et un certain nombre de magistrats vinrent en 1839 à Lausanne lui remettre une médaille d'or en témoignage de leur reconnaissance. D'autre part et surtout, lors de la crise que provoqua la fondation de l'Eglise libre vaudoise en 1845, ce fut, semble-t-il, Monnard qui, par un discours particulièrement incisif, entraîna cent quatre vingt-neuf pasteurs à sacrifier leur situation au principe de la liberté de l'église, méconnu par le gouvernement. Il valait en outre la peine de faire voir d'une façon concrète ce que fut ce libéralisme romand dont M. Ch. Gilliard, dans une préface aussi suggestive

que brève, a souligné les traits essentiels, en particulier ses fondements religieux et son idéalisme un peu trop dédaigneux de la réalité humaine, double caractère qui explique à la fois son prestige sur les esprits et son insuffisance politique.

Etant donné le rôle éminent qu'il joua dans la vie publique de son canton, soit dans la politique comme député au Grand Conseil qu'il présida pendant trois ans, soit dans le domaine intellectuel comme professeur de littérature française à l'Académie, soit enfin dans les luttes religieuses qui aboutirent, en partie sous son influence, à la fondation d'une église indépendante de l'Etat, Monnard a bien été l'agent (si Vinet en fut l'inspirateur ou le théoricien) le plus en vue de cette orientation intellectuelle et morale qui dirigea pendant quelques années les destinées de sa petite patrie. Enfin, quand on se rappelle que c'est Monnard qui traduisit une grande partie de *l'Histoire de la Confédération* de Jean de Muller, et surtout qui en écrivit, à la suite de sérieuses recherches dans les archives suisses et françaises, les cinq volumes qui racontent les événements du XVIII<sup>e</sup> siècle et du début du XIX<sup>e</sup> siècle, on ne peut que féliciter M. Ch. Schnetzler d'avoir consacré un volume à la mémoire de ce patriote et d'avoir montré, entr'autres par des extraits de ses discours, de ses lettres ou de ses articles, et en évoquant tous les hommes éminents qu'il fréquenta, dans quelle atmosphère et avec quels éléments se développa sa pensée, et combien active et profonde, quoique dénuée de toute étroitesse, fut sa piété personnelle.

Constatons cependant que l'auteur, malgré le titre donné à cet ouvrage, s'est avant tout attaché à raconter l'existence très remplie de Monnard et ne s'est pas proposé de nous initier, au travers de cette existence, à toute la complexité des problèmes politiques et ecclésiastiques qui se sont posés aux Vaudois de son temps. C'eût été entreprendre une oeuvre d'une tout autre envergure. Quelque intéressants que soient les aperçus qu'on y trouve sur cette époque, ce n'est donc pas un vrai tableau de la vie si pleine et si caractéristique du Lausanne d'alors qu'a brossé M. Schnetzler; et s'il nous livre de multiples informations sur la carrière de Monnard, ce n'est tout de même pas une vraie biographie mais plutôt un récit de l'activité de cet homme qu'il nous présente, en ce sens que sa vie personnelle n'y est guère étudiée pour elle-même et en profondeur, mais plutôt en passant et à propos des événements auxquels il fut mêlé.

Pour l'historien, le principal apport de ce livre sera de fournir, avec la mention des sources d'où ont été tirés les éléments, l'indication exacte de la part que prit Monnard aux divers événements qui tissèrent la trame de l'histoire vaudoise entre 1823 et 1846, et de l'histoire suisse entre 1832 et 1839.

En outre, on trouvera à la fin du volume le catalogue, par ordre chronologique, des quarante écrits, articles, discours, traductions, ouvrages originaux publiés par Monnard — (Pourquoi les volumes traduits de l'oeuvre de Jean de Muller et ceux qu'il écrivit lui-même ne sont-ils pas indiqués

aux années de leur publication successive, mais seulement à la date où l'oeuvre fut achevée, soit en 1851?) —, le répertoire de ce qui reste de sa correspondance et les archives et bibliothèques où on les trouve, la liste des cours qu'il professa, et enfin un certain nombre d'articles concernant Monnard ou d'ouvrages parlant de lui en passant, et qui complètent les sources énumérées à la fin de chaque chapitre.

L a u s a n n e.

D. L a s s e r r e.

WILLIAM E. RAPPARD, *L'Individu et l'Etat dans l'évolution constitutionnelle de la Suisse*. Zurich, sans date au titre (1936), Editions polygraphiques S. A. (pour la France: Librairie du Recueil Sirey S. A., Paris V). frs. 12 broché, frs. 14 relié.

Die ideengeschichtliche Betrachtung der Schweiz im 19. Jahrhundert steht, soweit es sich um seriöse wissenschaftliche Arbeit handelt, noch in den Anfängen. Umso willkommener ist eine Untersuchung, wie das hier vorliegende, über 500 Seiten starke Werk des hervorragenden Genfer Volkswirtschafters, das mit sicherem Blick z. T. noch völlig unerforschte Gebiete zu charakterisieren weiß. Bedenkt man, daß vor allem gegen das Ende des 19. Jahrhunderts an Stelle der formalrechtlichen Auseinandersetzungen die wirtschaftspolitischen und sozialen Probleme in den Vordergrund traten, so wird man die grundlegende Bedeutung eines solchen Werkes für die schweizerische Historiographie ermessen können. Eine Eigenart dieses Buches wollen wir indes, nicht tadelnd, sondern lediglich feststellend, vorwegnehmen; es ist in systematischer Hinsicht etwas uneinheitlich konzipiert. Die Erklärung hiefür gibt uns der Verfasser schon im ersten Satze seiner Vorrede. Das Buch verdankt sein Entstehen zwei getrennten, dem Verfasser 1934 und 1935 von verschiedenen Seiten erteilten Aufträgen. Der eine Auftraggeber wünschte für amerikanische Studenten ein Handbuch über die politischen Institutionen der Schweiz, der andere eine Vortragsreihe über das Problem von Individuum und Staat. Beides ist nun im vorliegenden Buche vereinigt, teils glücklich verschmolzen, teils auch einfach nebeneinander behandelt. Der Titel «L'Individu et l'Etat» deckt daher nicht den ganzen Inhalt; das Buch enthält mehr, indem es eine übersichtliche Darstellung der Institutionengeschichte bietet; es enthält auch weniger, insofern gerade die Probleme des Individualismus nicht erschöpfend untersucht werden konnten. Für den Schweizerhistoriker verliert dadurch das Buch nichts an seinem hohen Werte. Für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegt bei Rappard die Institutionengeschichte, während das speziellere Thema Individuum-Staat daneben zurücktreten mußte; dessen Betrachtung hätte eingehende Forschungen über die zahlreichen kantonalen Rechte benötigt, was zu weit geführt hätte. So beschränkt sich der Verfasser für die Perioden der Helvetik, Mediation und Restauration, zur Hauptsache auf die Betrachtung allgemeiner, meist bundesrechtlicher Auswirkungen des Problems Individuum-Staat. Umso glänzender und geschlossener ist seine in-

stitutionen- und ideengeschichtliche Darstellung dieser Zeitperioden und die historische Bewertung gewisser maßgebender Persönlichkeiten, wie Peter Ochs, Bonaparte, C. L. v. Haller. Gegenüber Ochs (S. 35 ff.) nimmt der Verfasser eine durchaus selbständige Einstellung ein, auf Grund der eben erst erschienenen, von Dr. Gustav Steiner bearbeiteten Korrespondenzbände und der ihm zur Verfügung gestellten Fahnenabzüge der Fortsetzung. Rappard wertet die Machtmenschen der Schweizergeschichte nicht moralisierend; er begnügt sich damit, sie als typische Persönlichkeiten in ihrer oft imponierenden Abgeschlossenheit zu erfassen, so, außer Ochs, auch Bonaparte (S. 63 ff.), Ochsenbein (S. 252), Alfred Escher (S. 304 ff.). Mit den 1830er Jahren beginnt die Wirtschaft als Motiv politischen Geschehens an Bedeutung zu gewinnen; in der Darstellung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung zeigt sich Rappards besondere Stärke und Sachkenntnis. Hier verfolgt er vorerst das Schwinden des liberalen Individualismus und das Entstehen des radikalen Etatismus. Allerdings siegt zuerst noch das Individuum über die Staatsmacht, indem es individuelle Freiheitsrechte und später Volksrechte zugestanden erhält. Aber der Rückschlag läßt nicht lange auf sich warten. Besonders seit 1874 wächst sich im Bunde ein einseitiger Etatismus aus und werden die individuellen Freiheiten z. T. wieder eingeschränkt (S. 318 ff.). So wird der letzte Hauptteil des Buches zu einer eigentlichen, durchaus originären Geschichte des Etatismus von 1874 bis etwa 1934. Rappard unterscheidet dabei drei Gebiete, in denen der Etatismus sich auswirkte (S. 461 ff.): das Schulwesen, die Wirtschaftspolitik (Eisenbahnen; Agrarpolitik u. a.) und die Sozialpolitik. Da gelangte die Schweiz in «une véritable fièvre d'étatisme» (S. 528). Wir erhalten eine glänzende, wenn auch in Bezug auf die Kantone noch keineswegs erschöpfende Darstellung des staatlichen Interventionismus, Protektionismus usw. Besonders wertvoll ist es, daß Rappard auch die finanziellen Folgen des Bundesetatismus näher untersucht (S. 518) und Zahlen vorlegt, die eine bewegliche Sprache reden. Unsere heute erschütterte Finanzlage muß als eine Folge der verkehrten etatistischen Politik (beruhend z. T. auf individualistischer Begehrlichkeit) bewertet werden. Als üble Folgen dieser Staatsmaxime erkennt Rappard: eine Bedrohung der Demokratie, eine Unrentabilität (da dies den Staat mehr koste, als es ihm einbringe), und eine weitgehende Verteilung der Einkünfte des Volksvermögens durch den Staat (S. 529, d. h. eigentlich den Sozialismus). Als politische Tat ist dieser letzte Teil des Buches von uns hier nicht zu bewerten; als historische Leistung ist er höchst brauchbar, da er über eine kritiklose Zusammenstellung des Materials hinausgeht.

Rappards Werk wird als tragfähiger Eckstein im Bau der Schweizergeschichte des 19. Jahrhunderts Bestand haben. Man wird es aber auch nicht ohne Genuß lesen; es enthält nicht nur gescheite Urteile über Menschen und Dinge, es birgt auch manche geistreich pointierten Kontraste, ist flott geschrieben und zeigt — bei aller Breite der Darstellung und dem vielen



Redenlassen von zeitgenössischen Quellen, Tagsatzungsberichten, Reden usw., welche der Konzentration der Stoffbehandlung einigen Abbruch tun, — doch, daß es, obwohl von zwei verschiedenen Wurzeln ausgehend, schließlich zu einer einheitlichen Linie gelangt. Wir dürfen dem Verfasser für diesen großen Wurf als schweizerische Staatsbürger und als Historiker dankbar sein.

B a s e l.

E d u a r d H i s.

ABRAHAM FRIEDRICH VON MUTACH, *Revolutions-Geschichte der Republik Bern*. Herausgegeben von Hans Georg Wirz. Bern und Leipzig (Gotthelf-Verlag), 1934. XXXII und 468 S.

Es war ein sinniger Gedanke, zum Jubiläum der Universität Bern das nachgelassene Werk des Mannes herauszugeben, der als Reorganisator der Akademie mit der bernischen Hochschule so innig verknüpft ist. Es ist der studierenden Jugend gewidmet und auch in der Ausstattung ein würdiges Festgeschenk. Die «Revolutionsgeschichte der Republik Bern» ist aber keine lokale Angelegenheit. Nicht nur war Bern «der damalige Centralpunkt aller schweizerischen Angelegenheiten», der Rahmen ist weit gespannt, wie es ja das einheitliche Schicksal der Eidgenossenschaft mit sich brachte. Ursprünglich für seine Söhne und Enkel verfaßt, hat der Verfasser das Werk doch zur Herausgabe bestimmt und umgearbeitet (1820). Hätte schon die überragende Persönlichkeit des Verfassers immer den Anspruch, gehört zu werden, so hat er sein Buch noch durch Heranziehung weiterer Quellen aus dem Niveau von Memoiren herausgehoben auf die Höhe einer abgerundeten Darstellung, die nicht bloß die wichtigsten Geschehnisse zusammenzustellen, sondern «vielmehr die geheimen Ursachen und Triebfedern derselben freimütig zu enthüllen» unternimmt, im Glauben, daß «die Grundfeste einer Republik moralisch ist». Mutachs Revolutionsgeschichte ist nicht ein Buch, das unbekanntes Stoff bringt. Das Manuskript ist natürlich schon benutzt worden. Es ist ein Buch der Gesinnung. Und da wird einem bewußt, wieviel mehr Verständnis wir heute einem Buch entgegenzubringen vermögen, das die Revolution nicht vom herkömmlichen liberalen, sondern vom konservativen Standpunkt aus betrachtet. Mutach ist aber kein Reaktionär; seine hervorragende Bildung und politische Begabung bewahrte ihn vor einer unfruchtbaren Haltung. In der Mediationsregierung hat er bedeutend mitgearbeitet.

Die Ursachen der Revolution gehören nicht zur Darstellung Mutachs. Er spricht von den Ansprüchen der Völker, von Irreligion, Afterphilosophie und Zerstörungswut, sagt aber selbst, daß sie nur in einer weltgeschichtlichen Betrachtung aufgewiesen werden könnten. Er erkennt, daß das Emporkommen des Mittelstandes das Ausschlaggebende war, und daß weltanschauliche Triebkräfte stärker waren als die wirtschaftlichen Nöte. Die zur Revolution Treibenden in Paris und in der Waadt allerdings kommen nicht gut weg. Als aufgeklärter Patrizier ist der Verfasser auch nicht blind

gegenüber den Schäden des alten Systems. Die alte Eidgenossenschaft war ein «morsches Gebäude» geworden, das seit langer Zeit «ohne jede durchgreifende Nationalanstrengung» dahinvegetierte und nur noch von den «ruhmvollen Sagen einer heroischen Vorzeit» zehrte. Im Innern beklagt er die Erstarrung des Regierungssystems: Die Verschließung des Bürgerrechts, die Stadt und Land trennte und ein geschlossenes Patriziat schuf; die Losordnung bei der Bestellung der Räte, das Familiensystem in den Räten und viele andere Maßnahmen und Mißbräuche, die die Energie und Kraft der Regierung in hohem Maße lähmten. Trotzdem hat das Patriziat, nach Mutach, sich nicht durch sich selbst aufgelöst. Und in der Tat, es blieb vorhanden, wachsam und gesammelt, immer bereit, die Zügel aufzunehmen, die ihm entrissen worden waren. Trotz der gewaltigen Macht Frankreichs war der Übergang von 1798 mehr eine Revolution als eine Eroberung. Es fehlte nicht nur an der militärischen Kraft, sondern mehr noch an der Einigkeit und am Opferwillen. Eine Rettung der alten Eidgenossenschaft wäre möglich gewesen, die abgedankten Schweizerregimenter hätten die Elite eines Heeres geliefert; aber die Abwehr hätte eine diktatorische Zusammenfassung der Kräfte erfordert.

Nicht die Propaganda der Revolution hat die Franzosen in die Schweiz gelockt, sondern politische Gründe Frankreichs und der Reichtum des Landes. Es begannen die unsäglichen Leiden Helvetiens unter dem Drucke der fränkischen Armee. Zu den Verheerungen durch Revolution und Krieg kamen die moralischen Leiden, quälerische Demütigungen durch die Fremden, Verrat und würdelose Haltung vieler neuen Regierungshäupter und «Patrioten», Zerrissenheit des Volkes und Eifersucht der Parteien, geschürt durch das wankelmütige Verhalten der französischen Politik gegenüber unserem Lande und durch düstere Gestalten, die sich in dem Wirrwarr herumtrieben. Was Krieg und Fremde nicht nahmen, verschleuderten mit ihrer Mißwirtschaft die geschäftsunkundigen neuen Regenten, ein furchtbares Zusehen für einen stolzen, nüchternen und geschäftskundigen Mann des ancien Régime.

Als die französischen Truppen abzogen, begrüßte das Volk die Wiederherstellung der alten Zustände. Obschon Napoleon dies verhinderte, erhält sein politisches Verständnis überraschend viel Anerkennung; denn er schlug sich mehr auf die Seite der Föderalisten und des gebildeten Bürgertums als auf die Seite der Doktrinäre. So wurde die Mediationsverfassung ein über Erwarten erträglicher Kompromiß, der den besten Kräften aus den Kreisen der ehemals bevorrechteten Klassen die Mitarbeit ermöglichte. Ohne den Druck Napoleons wäre der Zustand der Schweiz nicht unglücklich gewesen.

Früher als andere erkannte der Staatsrat von Bern die Möglichkeit der Katastrophe nach der Schlacht bei Leipzig und forderte vom Landammann der Schweiz energische Kraftanstrengungen zur Verteidigung der Neutralität; doch einen so ungeheuren Umschwung zu erfassen, war dieser nicht fähig. Durch den Einmarsch der Alliierten war eine unabhängige Lösung der Bundesfrage wieder unmöglich geworden. Der neue Bund

forderte gerade von Bern wieder die schmerzlichsten Opfer. Mit der Legitimität war es nichts. Die Großmächte hatten sich ja selbst nach Kräften auf Kosten der legitimen Kleinen bereichert. Ohne unfruchtbare Verbitterung spricht Mutach davon: «Ohne Schätze und Aargau hat Rudolf von Erlach bei Laupen gesieget, ohne Schätze und Waadtland ward Carl von Burgund vor Grandson und Murten geschlagen.» In diesem prächtigen Buche spricht nicht ein Reaktionär, sondern ein tief gebildeter Mann, der im Umsturz aller Dinge seiner Vorurteile der Gesetzlichkeit, der Sachkunde und der vaterländischen Würde nicht vergaß.

Muri b. Bern.

Franz Moser.

LUC MONNIER, *L'annexion de la Savoie à la France et la politique Suisse* 1860. 413 pages, 1 carte. Genève, A. Jullien, Editeur, 1932.

Dieses Buch ragt sowohl durch seine schriftstellerische Leistung wie durch den Umfang und die Subtilität der Quellenverwertung aus dem historischen Schrifttum hervor. Die Einbeziehung neuen Materials und die einläßlichere Betrachtung des Bekannten bringen einige neue Daten, lassen aber den Grundriß des Savoyerhandels, wie er schweizerischerseits von Rossier (rev. hist. 90, 1906) und Schneider gezeichnet worden ist, intakt. Das stellt Monnier im Vorwort selber fest. Was er geben will, ist eine «étude d'ensemble». Man hat darunter nicht eine neuerliche Zusammenfassung im Sinne der Abstraktion zu verstehen, sondern eine weitausladende und zugleich intensive Bearbeitung und Durchleuchtung des Gegenstandes. Der Verfasser will nicht post festum einen Beitrag zu den Haager Verhandlungen bieten. Seine Absicht ist Geschichtschreibung. Er erfüllt sie in vornehmer und selbständiger Weise.

Die Annexionsfrage wird während des italienischen Krieges gerüchtweise laut und veranlaßt den Bundesrat zur Instruktion an Kern in Paris, wonach er für den Fall einer Annexion die Abgliederung von Chablais und Faucigny zugunsten der Schweiz zu fordern habe, unter Anrufung der Verträge von 1564 und 1815/6. Schon hier — das scheint uns Monnier zu wenig zu betonen — zeigt sich die Zwiespältigkeit der bundesrätlichen Politik: Verknüpfung von Interessenstandpunkt und Rechtsstandpunkt, von Abtretungsforderung und Festhalten an der Unveräußerlichkeit Savoyens. Monnier geht allerdings nicht auf ein Festnageln von Unzulänglichkeiten der schweizerischen Außenpolitik aus. Er zeichnet vielmehr Schritt für Schritt die Schwierigkeiten, die der Bundesrat zu bewältigen hatte.

Als mit dem Januar 1860 — Rückkehr Cavours — die Annexion in den Bereich der Verwirklichung trat, erneuerte der Bundesrat den Schritt des vergangenen Jahres. Napoleon III. gab mündlich seine Zustimmung. Bis Mitte Februar steigerten sich die Erfolgsaussichten der Schweiz, dann geschah der Umschlag, welcher den Handel mit der Inbesitznahme Savoyens durch Frankreich und mit der Zonenabfindung gegenüber der Schweiz endigen ließ.

Der Umschlag liegt in der Psychologie Napoleons III. begründet. Mit seinem Namen ist das zweite Kapitel überschrieben, welches den diplomatischen Aktionen zwischen Bern und Paris bis Ende März 1860 nachgeht. Monnier erörtert hier die Frage nach einem Fehler der Schweizer Diplomatie. Sie ist zu verneinen. Die wahren Motive für Napoleons Umstimmung findet Monnier in der schweizfeindlichen Umgebung des Kaisers, im Druck der nationalistisch erregten öffentlichen Meinung Frankreichs, und dann vor allem im Protest der (Süd)-Savoyer gegen jedes *démembrement*, sowie in der starren Opposition Englands gegen die Annexion überhaupt. Letzteren zwei Punkten ist je ein Kapitel gewidmet. — Hierbei muß man berücksichtigen, daß Monnier die Korrespondenz zwischen der französischen Regierung und ihren Geschäftsträgern im Ausland, die am Quai d'Orsay aufbewahrt wird, verschlossen blieb. — Die Mitte des Ganzen bildet eine Darstellung der Schritte, die der Bundesrat bei den andern Mächten um der Sicherung seiner Rechtsposition willen unternahm. Hier erst wird der juristische Boden geprüft. Mit dem Status-quo-Verlangen stand man auf sicherer Plattform. Ob aber die Abtretungsforderung rechtens war? (Monnier erwägt diese Frage im Schlußwort seiner Arbeit.) Jedenfalls ließ die Diskussion, die sich darüber entspann, Frankreich den Weg zum Handeln offen. —

Die zweite Hälfte des Buches enthält den ohnmächtigen Kampf der Schweiz gegen den Zugriff der Großmacht. Monnier gibt, indem er die Broschürenflut jener Tage sichtet, eine Lehre von den schweizerischen Temperamenten. Die angesichts der französischen Agitation schüchterne Werbeaktion in Savoyen, die Wahlen ins sardinische Parlament, die Genfer Ängste und Beschlüsse, die groteske Dampfschiffahrt Perriers erfahren eingehende Betrachtung. Ebenso des Interventionisten Stämpfli Siegeszug in der Bundespolitik bis zu dem Punkte, wo eben jene (hier erstmals nach allen Akten dargestellte) Genfer Episode und das Veto der Bundesversammlung aller Präventivpolitik ein Ende setzten. In das Eigenleben Savoyens, in seinen Geist und seine Wirtschaftsstruktur werden Einblicke gewährt, die das umstrittene Objekt dieses Handels zum ersten Mal lebendig veranschaulichen. Monnier schenkt sich darüber hinaus keine Mühe, die Behauptung, die bisher stets erhoben, aber nur fragmentarisch begründet wurde, als unumstößliche Wahrheit zu erweisen: Das Plebiszit vom 22. IV. gab nicht die wirkliche Volksmeinung Nordsavoyens wieder; das *petitionnement suisse* vom 13. IV. dagegen hält der Probe stand. Seine Ausführungen lassen deutlich werden, wie das Zonenzugeständnis des Stimmengewinns wegen und nicht aus Respekt vor den genferisch-schweizerischen Interessen gemacht wurde. So wird die Wirkung savoyischer Vorgänge auf die hohe Politik freigelegt.

Die Kunst des Verfassers bewährt sich nicht nur in der Erzählung, sondern auch im Portrait, vgl. z. B. Tourte in Turin, oder die eindruckliche Figur des savoyischen Liberalen Hudry-Menos, der in der Annexion zugleich die klerikale Reaktion bekämpft, oder die geschäftige Erscheinung

A. de la Rive's. Eine ähnliche Charakterisierung des Pariser Vertreters J. C. Kern bleibt leider aus.

Die Geschichte der Londoner Mission de la Rive's wird hier auf Grund des Nachlasses in bisher unerreichtem Ausmaß erhellt und dokumentiert. Seiner Aktivität gelang es, das Londoner Kabinett für die Abtretungsforderung zu gewinnen. Sein Optimismus ließ ihn freilich auch den Opportunismus verkennen, der den Londoner Sympathien für die Schweiz zugrunde lag. Durch Monniers verbindliche Darstellung erfährt hinwiederum Rossiers Beurteilung der englischen Haltung einige Milderung, erscheint das Verhalten des Bundesrates weniger unselbständig.

Nach lange geübter Reserve tritt Monnier im Schlußwort überraschender Weise für Stämpflis Faustpfandpolitik ein, indem er geltend macht, daß Frankreich keinen Krieg hätte riskieren dürfen. Diese Stellungnahme ließe sich durch Stellen aus seinem eigenen Buche erschüttern, wo oft von der Interventionsunlust der Mächte die Rede ist.

In den engen Grenzen dieser Besprechung vermag das Einzelne nicht zur Sprache zu kommen, kann der Reichtum des Buches nur angedeutet, nicht umschrieben werden. Seine äußere Gestalt schon weckt Vertrauen. Vorauf geht die sorgfältige Zusammenstellung von Akten, Broschüren und darstellender Literatur. Im Anhang folgen wertvolle Textwiedergaben, darunter die berüchtigte Note Thouvenels vom 13. März 1860. Eine Karte gibt über Orte, wirkliche und geplante Grenzen in Savoyen Aufschluß.

Bern.

Hans von Greyerz.